

FOKUS-Institut
Forschungsgemeinschaft
für Konflikt- und Sozialstudien e.V.
Halle

Aktionsplan für Toleranz und Demokratie
in der Stadt Dessau

Analysen und Handlungsvorschläge

Halle, Dezember 2001

Inhaltsübersicht

	Seite
0. Vorbemerkungen	3
1. Problemaufriss	6
2. Ausgewählte Merkmale der Situation in Dessau	9
2.1 Dessau im Kontext allgemeiner Stimmungslagen	9
2.2 Vorhandene Potenziale und Problemkonstellationen	13
2.3 Besondere Widerspruchsfelder	23
3. Der Aktionsplan: Grundlinien, Ideen, Vorschläge und Problemfelder	31
3.1 Mögliche Ansätze und Grundidee des Aktionsplanes	31
3.2 Alltags- und lebensweltorientierte Aktivitäten	35
3.3 Neue Öffentlichkeit	43
3.4 Der „Akteursknoten“	47
4. Erste Schritte zur Umsetzung des Aktionsplanes	50
5. Zusammenfassung und Ausblick	52
6. Kurzfassung in Thesen	54
Literaturübersicht	57
<u>Anhang:</u>	60
1. Methoden-Set: Leitfaden und Fragebogen	61
2. Ausgewählte Tabellen/Grafiken zu Dessau	74
3. Ergebnisse der Befragung von Jugendlichen	77
4. Zitate aus „Offenen Fragen“	86
5. Übersicht „MZ-Analyse“	108
6. Merkblatt „Fördermittel“	112
Impressum	114

0. Vorbemerkungen

Die Verfasstheit von offenen, demokratischen Gesellschaften ist weder konstant gegeben noch frei von Konflikten. Dies gilt sowohl für die „Großgemeinschaft“ der Bevölkerung auf gesamtstaatlicher Ebene als auch für die Alltagszusammenhänge, in denen Bürgerinnen und Bürger ihr Leben gestalten. Die gegenwärtige Zeit ist angefüllt mit vielgestaltigen Problemlagen und ebenso mit vielfältigen Reaktionen der Menschen darauf: Wirtschaftlich-technologische und mediale Umbrüche, soziale Entgrenzungen, Verunsicherungen und Ungleichheiten, wachsende Mobilität und „Daseinsgeschwindigkeit“ - all dies bringt unterschiedliche, oft gegensätzliche Verhaltensweisen hervor. Sie reichen vom Rückzug ins Gewohnte, Apathie und Hilflosigkeit bis zu gesteigerter Aktivität, Risikobereitschaft und schriller Lebenslust.

Die Herausforderungen und Probleme moderner Gesellschaften bergen immer auch reale Bedrohungen in sich. Dabei fällt weniger die Schärfe der gegebenen Problemlagen, sondern die Art und Weise, mit ihnen umzugehen, ins Gewicht. Zunehmende Armut oder verbreitete Langzeitarbeitslosigkeit beispielsweise markieren schwerwiegende (auch moralisch bewertbare) Konflikte; sie allein bewirken oder legitimieren jedoch keineswegs automatisch Rassismus und Gewalt. Von wirklichen *Bedrohungen* ist dann zu reden, wenn in größerem Maße Gemeinschaftsbindungen, menschenrechtlich gestütztes Gleichheitsverständnis und zivile Regeln des Umgangs der Individuen miteinander in Frage gestellt werden. Insofern kommt den Werten „*Demokratie*“ (als legitimierte Form der politischen Lenkung in der Einheit von fairem Wettbewerb um politischen Einfluss und breiter Partizipation der Bürgerinnen und Bürger¹) und „*Toleranz*“ (als Prinzip des kulturvollen Umgangs mit Verschiedenartigkeit in Denk- und Handlungsweisen²) in der Tat zentrale Bedeutung für die Gestaltung eines zukunftsfähigen Gemeinwesens zu.

Die in den 1990er Jahren entstandene Debatte zu den Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wurde mit einer ganzen Reihe von staatlich initiierten Maßnahmen verbunden. Dazu zählen auch „Förderprogramme“ verschiedener Art, von denen die im März 2001 an Jugendämter in ganz Deutschland gerichtete Ausschreibung des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend zur Entwicklung „*Lokaler Aktionspläne für*

¹ Vgl. Merkel 1999: 30f.

² Vgl. Lexikon der Ethik 1977: 242f.

Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ einen Bestandteil bildete. Dem liegt die wichtige - im Folgenden noch näher zu behandelnde - Überlegung zu Grunde, dass wirksames Handeln auf diesem komplizierten Feld vor allem an den sozialen Nahraum gebunden und mit konkreten, auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten orientierende Handlungsansätzen zu verknüpfen ist.

Nachdem die Stadt Dessau am 24. Juni 2001 infolge der diesbezüglichen Ausschreibung den Zuschlag für die Förderung bei der Erstellung eines Aktionsplanes erhielt, wurde mit Beschluss der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14. August 2001 das FOKUS-Institut Halle als externer Partner mit dieser Aufgabe betraut. Ein eigens dazu gebildetes Team des Instituts hat sich seit September 2001 der Erarbeitung eines stadtspezifischen Aktionsplanes gewidmet. Mit Hilfe gezielter Kontaktarbeit, Literatur- und Dokumentenstudium, einer Interview-Reihe mit fast 50 ausgewählten Personen³, der Befragung von 160 Jugendlichen⁴, und einer Sekundäranalyse von Ausgaben der „Mitteldeutschen Zeitung“ sowie durch Expertendiskussionen entstand ein beachtlich großer Datenfundus von rund 20.000 Aussagen (siehe Anhang: Methoden-Set). Auch wenn das so umrissene Bild selbstverständlich nicht vollständig war, konnten bis Anfang Dezember 2001 wichtige Schlussfolgerungen herausgearbeitet werden.

Ein besonderer Ansatz bei der Erstellung des Aktionsplanes bestand darin, wichtige Vorschläge und Grundlinien im Kreis der Akteure zu diskutieren. Zu diesem Zweck wurde am 8. Dezember 2001 die erste so genannte „Netzwerk-Konferenz“⁵ durchgeführt. Unter Teilnahme von über 70 Personen kam es dabei sowohl zu einer Art „Rechenschaftslegung“ über die Arbeit des Projektteams als auch zur Vorstellung der konzeptionellen Hauptideen des Planes und in drei Arbeitsgruppen zu Diskussionen der Themenstellungen „Öffentlichkeit“, „Widersprüche zwischen Organisationen“ und „Neue Ideen“. Wie noch zu zeigen sein wird, könnte bei der Realisierung des Aktionsplanes Zusammenkünften dieser Art künftig eine entscheidende Bedeutung zukommen.

Wichtige Gesamtergebnisse der Analysen und Diskussionen sind vor allem, dass die Stadt Dessau im Ganzen über eine Reihe günstiger Voraussetzungen für die Gestaltung eines zwischenmenschlichen Klimas im Sinne von Toleranz und Demokratie verfügt, dass diesen

³ Als Quelle im Folgenden mit Interviews Dessau 2001 (Int) bezeichnet.

⁴ Als Quelle im Folgenden mit Jugendbefragung Dessau 2001 (JB) bezeichnet.

⁵ Als Quelle im Folgenden mit Netzwerk-Konferenz 2001 (NWK) bezeichnet.

Prozessen aber mehrere ungelöste Widerspruchskomplexe im Wege stehen. Die unterbreiteten Vorschläge zielen auf die produktive Bearbeitung dieser Widersprüche, auf Eingreifen in die lokale Öffentlichkeit und auf neue Formen des Zusammenwirkens der städtischen Akteure. Es soll betont werden, dass die Ergebnisse hiermit zwar in Form eines strukturierten Planes vorliegen, dieser aber in manchen Optionen „offen“ und gestaltbar bleiben soll, so dass die Resultate von weiteren Debatten einfließen können.

1. Problemaufriss

Die Erstellung und schrittweise Realisierung eines solchen „Aktionsplanes“ ist in mehrfacher Hinsicht eine sehr komplizierte Aufgabe. Im Folgenden sollen *fünf Dimensionen* dieser Problematik kurz umrissen werden, um den methodischen Blick auf das Herangehen an eine solche Zielstellung zu schärfen.

Erstens handelt es sich bei den angestrebten Zielen um Gegenstände von hoher Komplexität, die zudem, von der Begrifflichkeit her, im Alltag nicht immer eindeutig reflektiert werden. „Demokratie“, „Toleranz“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Rassismus“, „Antisemitismus“ - all diese Kategorien sind schon mit wissenschaftlichen Mitteln nicht einfach zu definieren.⁶ Im täglichen Leben gibt es zweifellos bei den meisten Menschen individuelle Vorstellungen dazu, allerdings nicht automatisch übereinstimmende. Hinzu kommt, dass die benannten Begriffe normativ bestimmt sind und nicht selten mit starken moralischen Bewertungen verbunden werden. Daraus folgt insgesamt, dass der Umgang mit solchen „Zielkategorien“ nicht einfach ist und beim Herangehen an praktische Aktivitäten der zusätzlichen Verständigung bedarf.

Zweitens ist die öffentliche und individuelle Wahrnehmung der mit einem Aktionsplan verknüpften Problemlagen von ihrem Mechanismus her recht kompliziert. „Rechtsextremismus“ beispielsweise gelangt in der Regel anhand von verhaltensgetragenen Einzelfällen (Übergriffe, Gewalttaten u. a.) in den Fokus allgemeiner Aufmerksamkeit. Wenig hingegen reflektiert man die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Zusätzlich problematisiert wird das Wahrnehmungsgeschehen durch den Einfluss von Medien-Effekten.⁷ Die ausschnittartige, oft skandalisierte Darstellung von Ereignissen im Kontext von Rechtsextremismus - konterkariert durch ein Medien-Geschäft, das sich im Ganzen zunehmend unterhaltungszentriert gestaltet - ist in den meisten Fällen so beschaffen, dass das tiefere Eindringen in die Gesamtproblematik eher erschwert als erleichtert wird.⁸

Drittens existieren die hier behandelten Themen nicht „neben“ der Gesellschaft, sondern mitten in ihr. Sie werden überlagert und mit geprägt durch vielfältige andere - wirtschaftlich-

⁶ Vgl. Schubarth/Stöss 2001.

⁷ Vgl. Sarcinelli 1998.

⁸ Vgl. Winterhoff-Spurk 1999.

soziale und politische - Konfliktlinien, die oftmals dem oder der Einzelnen bedeutend wichtiger erscheinen als die Beschäftigung mit Toleranz, Demokratie oder Fremdenfeindlichkeit.

Die in Tabelle 1 exemplarisch angeführten Daten zu ausgewählten Einstellungen, welche durchaus mit der Gesamthematik verknüpft sind, belegen, dass vor allem in Ostdeutschland solche Erscheinungen wie (nicht unbegründete) soziale Frustrationen und Politikverdrossenheit politisches Interesse oder Demokratiezufriedenheit negativ beeinflussen können.

Tabelle 1: Ausgewählte politische Einstellungen im Zeitvergleich													
(Angaben in Prozent, gerundet)	Bundesgebiet West						Bundesgebiet Ost						
Item/Zeitraum	91	92	94	96	98	00	91	92	94	96	98	00	
Politisches Interesse													
Stark	33	34	27	27	28	29	26	30	26	25	26	22	
Schwach	24	23	29	30	28	31	29	29	32	33	30	37	
Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD													
Eher zufrieden	66	48			49	55	33	19			28	23	
Eher unzufrieden	6	14			10	7	18	27			22	21	
Aussage: „Lageverschlechterung für einfache Leute ist zu erwarten“.													
Stimmt	59			85		71	66			88		81	
Aussage: „Politiker sind uninteressiert an einfachen Leuten“.													
Stimmt	70			81		86	74			89		92	

Quelle: ALLBUS 1991-2000, eigene Berechnungen.

Das Interesse an Werten wie Demokratie oder Toleranz ist also nicht als selbstverständlich anzusehen. Realistisch betrachtet, bedürfen sowohl die Aktivierung der so genannten „Durchschnittsbevölkerung“ als auch die Einbindung von Politikern/innen oder anderen Verantwortungsträgern in die Entwicklung von mehr Engagement zu diesen Themen vielmehr gezielter Anstrengungen.

Viertens liegen beachtliche Schwierigkeiten bei der Ausweitung von Demokratie und Toleranz in der Natur der dafür erforderlichen Handlungsbestrebungen begründet. Letztendlich geht es dabei um gezielte Einstellungs- und Verhaltensänderungen größerer Menschengruppen - auf der Basis von bewusster Freiwilligkeit.⁹ Die schrittweise Durchsetzung solche Werte wie Toleranz und Demokratie in der Lebenspraxis kann weder erzwungen noch „technologisch produziert“, sondern nur durch soziales Lernen und

⁹ Vgl. Stroebe et.al. 1996.

freiwilliges Engagement vieler erreicht werden. Auch der rein individuenbezogene Wandel von Einstellungen und Verhalten reicht allein nicht aus; notwendig sind ferner Koordinierungen sowie Vernetzungen von Handlungsschritten bzw. Akteuren.

In engem Zusammenhang damit wird *fünftens* deutlich, dass die Bewertung von erfolgreicher Veränderung im Kontext der Themenstellung selbst eine komplizierte Aufgabe darstellt. Solcherart notwendige Evaluation ist an bestimmte Zeiträume gebunden und verlangt jeweils ein Minimum an wissenschaftlicher Analysetätigkeit.

Die Benennung der mit der Gesamtproblematik verknüpften Schwierigkeiten soll jedoch nicht entmutigend wirken. Lohnend und wichtig ist das Thema, weil es um viel mehr geht als um die Verhinderung einzelner „Vorfälle“ oder um die Beschwichtigung von schlechtem Gewissen, wenn es wieder einmal zu tragischen Gewalttaten gekommen ist. Toleranz und Demokratie sind im wahrsten Sinne des Wortes „Grundwerte“, die jedes Gemeinwesen benötigt, um kulturvoll funktionieren zu können. Sie haben aber auch eine besondere Bedeutung für das Individuum. Die Beschäftigung mit diesen Werten und das damit verknüpfte Engagement können der oder dem Einzelnen das Gefühl vermitteln, im Verbund mit anderen anerkannt zu sein.

Es ist ein Zufall, dass die Arbeit am Aktionsplan zeitgleich zu den Terroranschlägen in den USA und den darauf folgenden politisch-militärischen Entwicklungen startete. Die Schlussfolgerungen, die aus diesen Ereignissen gezogen wurden, sind unterschiedlich, aber mindestens die folgenden drängen sich gerade zu auf: Gleichgültigkeit ist gefährlich. Leid, Schmerz und Tod sind reale Dinge. Aber auch: Menschen stehen für andere ein und helfen einander. Vielleicht kann nicht die „große“ Welt leicht zum Guten verändert werden, wohl aber die kleine, in der man lebt.

2. Ausgewählte Merkmale der Situation in Dessau

2.1 Dessau im Kontext allgemeiner Stimmungslagen

Dessau ist als Stadt in die östliche Region Sachsen-Anhalts eingebettet und in Hinsicht auf den mentalen Hintergrund von Einstellungen und Meinungen selbstverständlich durch das Klima im gesamten Bundesland beeinflusst. Dieser Teil Mitteldeutschlands verkörpert einerseits „typische Züge“ von Ländern des östlichen Bundesgebietes: Hier sind gleichermaßen Destrukturierung und Aufbau, Umbrüche und das Weiterwirken starker „östlich-überkommener“ Elemente präsent. Die sozialen Konflikte der neuen Bundesländer stellen sich in Sachsen-Anhalt gerade gegenwärtig in deutlich verschärfter Form dar. Zum anderen gibt es in diesem Bundesland aber beachtenswerte spezifische Komponenten: Mit dem „Magdeburger Modell“ kam es zu einer historisch seltenen politischen Kräftekonstellation, die bundesweit Aufmerksamkeit gefunden hat. Der Wahlerfolg der rechtsextremen DVU bei der Landtagswahl 1998 und die parlamentarische Etablierung dieser Partei waren gleichfalls ein herausforderndes Element. Im Vorfeld der kommenden Landtagswahlen zeichnet sich ab, dass mit dem möglichen Entstehen von Ablegern der Partei „Rechtsstaatliche Offensive“ - auch als „Schill-Partei“ bekannt - erneut Bewegung in das politisch-parlamentarische System kommt. All diese politischen und sozialen Fakten wirken sich auf die Stimmungen großer Menschengruppen aus, was wiederum den Rahmen für ein Klima bildet, in dem Bestrebungen für Toleranz und Demokratie unternommen werden.

Bei der Betrachtung aktueller Meinungsbilder im Bundesland Sachsen-Anhalt, wie sie anhand einiger ausgewählter Daten in den Tabellen 2 und 3 dargestellt sind, werden mehrere Tendenzen erkennbar. In Bezug auf Bewertungen der Gesellschaft oder des politischen Systems und in Hinsicht auf die eigene politische Aktivität fällt ins Auge (siehe Tabelle 2):

- Mehrheiten in der wahlberechtigten Bevölkerung artikulieren recht kritische Sichten auf die Gesellschaft. Sie wünschen sich grundlegende Veränderungen, sehen Gefahren und sind der Ansicht, dass nicht „Chancengleichheit“, sondern das „Recht des Stärkeren“ herrscht. Gerade der letztgenannte Indikator ist für die Thematik eines Aktionsplanes von großer Bedeutung und in gewisser Hinsicht besorgniserregend. Faktisch wird damit reflektiert, dass viele Menschen vom Wirken „sozialdarwinistischer“ Regulationen in der Gesellschaft ausgehen.

- Politische Partizipationsmöglichkeiten werden ebenfalls eher skeptisch betrachtet. Politikerinnen und Politiker genießen allem Anschein nach in Bezug auf ihre „Vertrauenswürdigkeit“ nur bei kleinen Minderheiten Wertschätzung.

(Angaben in Prozent, gerundet)	Gesamtbevölkerung		Jugendliche	
Stimme der Aussage zu:	Eher ja	Eher nein	Eher ja	Eher nein
„Ich glaube, die Gesellschaft muss sich in Zukunft grundlegend ändern.“	71	6	58	17
„Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu.“	52	20	47	21
„Ich würde mich schon engagieren, aber nur dort, wo ich weiß, dass es sich lohnt.“	41	29	43	27
„In der Gesellschaft etwas verändern zu wollen, ist sowieso zwecklos.“	26	40	18	50
„Es gibt doch eine Menge Möglichkeiten, sich politisch einzubringen und etwas zu verändern.“	24	40	32	46
„Entsprechend meinen Möglichkeiten bin ich politisch aktiv.“	15	58	18	76
„In der Gesellschaft regiert das Prinzip der Chancengleichheit, nicht das `Recht des Stärkeren`.“	16	63	13	67
„Ich kenne Politikerinnen/Politiker, denen ich vertraue.“	15	58	9	75
„Ich lebe mein Leben, alles andere ist mir egal.“	10	73	9	74

Quelle: Chrapa/Wittich 2001.

- Trotz dieser kritischen Meinungen ist keine generelle „Aussteiger-Mentalität“ erkennbar. Um 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten es doch für sinnvoll, an der Änderung der Gesellschaft festzuhalten; mehr als 70 Prozent betonen, nicht den Rückzug ins rein Private anzutreten. Über 40 Prozent treffen die charakteristische Aussage, sich „dann einzubringen, wenn man weiß, dass es sich lohnt“. Hier kann also von gegebenen „Handlungspotenzialen“ oder aber - kritisch betrachtet - von einer Art „Handlungsstau“¹⁰ gesprochen werden.
- Die Jugendlichen in Sachsen-Anhalt betrachten die Gesellschaft optimistischer, sehen aber ebenfalls, dass das „Recht des Stärkeren“ eine große Rolle spielt. Politische Aktivität, Handlungspotenziale und die Meinung, etwas verändern zu können, sind - erfreulicherweise - überdurchschnittlich ausgeprägt. Politiker/innen erfahren hingegen eine unmissverständlich kritische Bewertung.

¹⁰ Vgl. Chrapa 2001a.

Analysiert man, in welcher Weise mit dem Thema verknüpfte Problemlagen im Alltag reflektiert werden, führt dies zu mehreren interessanten Erkenntnissen (siehe Tabelle 3). Unterschieden wird hier zwischen der Sicht auf Probleme „in der Gesellschaft“ und der „persönlichen Betroffenheit“ durch die jeweiligen Problemkonstellationen:

Große Teile der sachsen-anhaltinischen Bevölkerung haben eine stark problemorientierte Sicht auf den gesellschaftlichen Raum. Soziale Aspekte (Arbeit, Einkommen) und Fragen von Schutz und Sicherheit (Umwelt, Kriminalität) werden klar betont, daneben und damit verknüpft, spielen aber auch die Themen „Rechtsextremismus“, „Demokratie“, „Zusammenleben mit `Ausländern`“ oder „Solidarität“ eine gewichtige Rolle.

Tabelle 3: Aussagen zum Problembewusstsein in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts - 2001 (Angaben in Prozent, gerundet)								
Folgender Gegenstand ... ist in der Gesellschaft ein ungelöstes ernstes Problem ..., von dem ich mich selbst betroffen fühle:	Gesamtbevölkerung				Jugendliche			
	Ist Problem		Betrifft mich		Ist Problem		Betrifft mich	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Einigermassen guter/sicherer Arbeitsplatz	78	5	52	25	70	7	59	23
Konfrontation mit Rechtsextremismus	68	7	29	42	69	9	41	38
Schutz vor Kriminalität	63	4	30	27	55	5	34	23
Ausreichendes Einkommen	61	6	55	17	54	7	50	14
Erleben sozialer Gerechtigkeit	58	6	41	16	47	7	30	14
Schutz der Umwelt	58	3	38	19	64	8	44	14
Politische Mitbestimmung	53	12	30	30	43	15	27	36
Zusammenleben mit „Ausländern/innen“	51	7	19	51	49	4	26	39
Solidarische Beziehungen zwischen den Menschen	49	7	28	26	46	18	29	23
Wirken humanistischer Werte.	44	12	26	31	34	21	26	32

Quelle: Chrapa/Wittich 2001.

Im persönlichen Nahraum fühlt man sich hingegen von den meisten Problemen deutlich weniger betroffen; individuell stark betont werden vor allem die für viele so wichtigen sozialen Aspekte (Arbeit, Einkommen, soziale Gerechtigkeit). „Konfrontation mit Rechtsextremismus“ und „Zusammenleben mit `Ausländern/innen`“ sind für etwa 30 bzw. 20 Prozent Sachverhalte, die einen persönlich berühren. Statistische Vergleiche zeigen: Bei der ersten Gruppe handelt es sich um Personen mit überwiegend antifaschistischen Haltungen, bei der zweiten um solche, die neben den Sorgen um Diskriminierungsprobleme auch Meinungen gegen Menschen nichtdeutscher Herkunft vertreten. Wie andere Untersuchungen belegen, ist in Sachsen-Anhalt von einem „deutlich ausländerkritischen“ Potenzial in der

Größenordnung von nachweislich mindestens 30 Prozent an der wahlberechtigten Bevölkerung auszugehen.¹¹

Jugendliche betrachten Probleme auf ihre eigene Art. Auf der einen Seite sehen sie, ähnlich wie die Erwachsenen, soziale Fragen sowohl im Gesellschaftsbezug als auch im persönlichen Kontext als recht bedenklich an. Andererseits ist ihr allgemeines Problembewusstsein insgesamt etwas geringer ausgeprägt - eine Ausnahme bildet lediglich das Problemfeld „Umwelt“. Überdurchschnittliche Problemreflexionen in Form persönlicher Betroffenheit liegen allerdings bei einigen wichtigen Fragen vor. Sehr deutlich ist dies bei den Themen „Konfrontation mit Rechtsextremismus“ und „Zusammenleben mit `Ausländern`“ zu erkennen.

Insgesamt wäre also festzuhalten:

Große Teile der sachsen-anhaltinischen Bevölkerung - in deren Meinungen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die der Bürgerinnen und Bürger Dessaus einzuschließen sind - artikulieren kritische Gesellschaftsbewertungen, die sich vor allem auf soziale Konfliktlinien und auf das Erleben von Demokratie im Alltag richten. Entgegen manchen Zufallsbeobachtungen sind jedoch weder verfestigte Passivität noch ein durchgängiger Rückzug ins Private nachzuweisen. Dort, wo Handeln mit absehbaren Aussichten auf Erfolg verbunden ist, wäre ein gewichtiges Handlungspotenzial abrufbar.

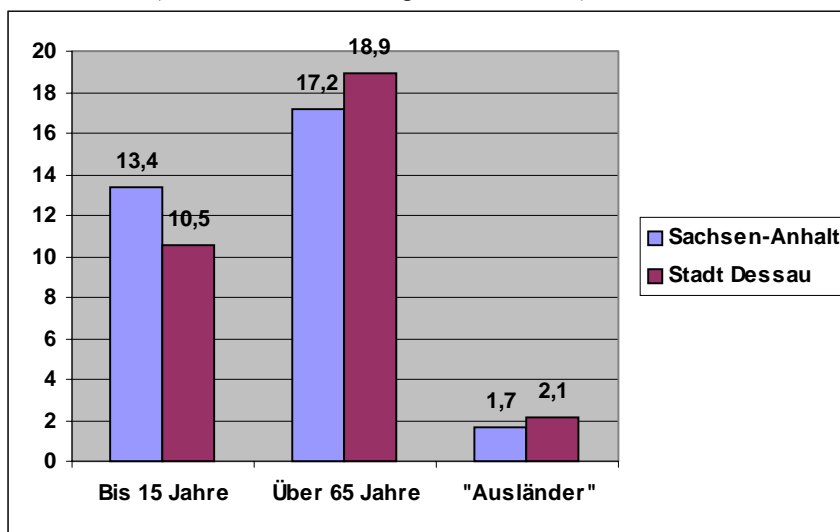
Beide Aspekte - Kritik und Frustration sowie Gestaltungsbereitschaft - müssen bei Bestrebungen zur Umsetzung eines Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz in Rechnung gestellt werden.

¹¹ In einer Studie des Jahres 1999 bekräftigten 33,4 % der sachsen-anhaltinischen Erwachsenen die Meinung, „Einwanderer aus Osteuropa oder Asien/Afrika“ sollten „keine moralische Zuwendung erhalten“, „keine finanzielle Hilfe bekommen“ und „sie (diese Gruppen) sind selbst schuld an einer schweren Lage“. Eine solche Haltung darf wohl getrost als „deutlich ausländerkritisch/ausländerfeindlich“ bezeichnet werden. Siehe FOKUS-Studie: Solidarität und Ausgrenzung, 1999.

2.2 Vorhandene Potenziale und Problemkonstellationen

Dessau ist (mit rund 83.000 Einwohnern) als drittgrößte Stadt des Bundeslandes Sachsen-Anhalt durch einige Besonderheiten gekennzeichnet, verkörpert jedoch auch in vieler Hinsicht „Normalität“. Wie in anderen Städte der mitteldeutschen Region waren in den 1990er Jahren Prozesse der wirtschaftlichen Um- und Destrukturierung mit weitreichenden sozialen Folgen zu bewältigen, und es galt, eigene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Betrachtet man

Grafik 1: Anteile von Kindern/Jugendlichen, älteren Menschen und „Ausländern“ an der Bevölkerung im Bundesland Sachsen-Anhalt und in der Stadt Dessau (Stand: 31.03.2001, Angaben in Prozent)



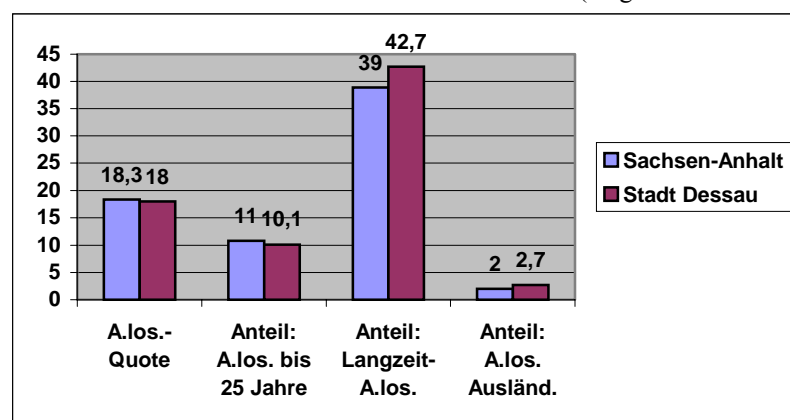
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2001.

ausgewählte ökonomische und soziale Indikatoren, so finden sich sowohl Werte, die eher im Landesmittel liegen, als auch einige bedenkliche Anzeichen. Ersteres betrifft die Daten der Bevölkerungszusammensetzung

(siehe Grafik 1), wobei in Dessau der geringe Anteil junger und der relativ hohe Prozentsatz älterer Menschen ins Auge fällt.

Die Arbeitslosigkeit (siehe Grafik 2) ist in Dessau nicht höher als in ganz Sachsen-Anhalt; rund 18 Prozent verkörpern jedoch eine Größenordnung, die auch ohne relativierende Vergleiche für ein ernst zu nehmendes

Grafik 2: Arbeitslosenquoten und Anteile spezieller Gruppen an Arbeitslosen im Oktober 2001 in der Stadt Dessau (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Monatsheft des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen 2001.

Problempotenzial steht. Wie erkennbar, liegen in der Stadt Dessau die Anteile der „Langzeitarbeitslosen“ und der „arbeitslosen Ausländer“ über dem Landesdurchschnitt.

Als unbestreitbar *positive Merkmale* Dessaus fallen ins Gewicht:

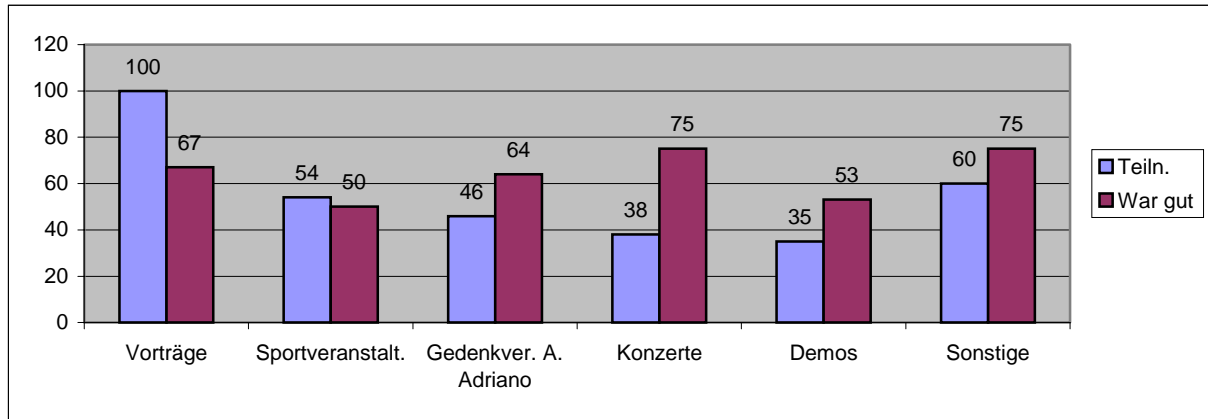
Erstens die im weiten Sinne zu betrachtende „*kulturelle Ausstattung*“: Dessau ist nicht nur mit zwei als Bestandteil des Weltkulturerbes anerkannten Objekten (Bauhaus und Wörlitzer Parkanlage), sondern auch durch das Wirken seiner zahlreichen kleineren Begegnungsstätten als „Kulturstadt“ in Mitteldeutschland zu bezeichnen. Der Sitz einer Fachhochschule und das vielfältige Netz von Bildungseinrichtungen (5 Gymnasien, 13 Sekundar- 15 Grund-, 3 Berufsbildende und 3 Sonderschulen) sprechen ebenfalls dafür. In Dessau sind 80 Sportvereine mit ca. 13.500 Mitgliedern präsent. Für eine kommunale Gemeinschaft dieser Größenordnung kann ferner beispielsweise das Vorhandensein von 18 Jugendeinrichtungen (davon zwei Einrichtungen für Kinder) als sehr beachtlich gelten.

Zweitens werden vor allem mit Blick auf Jugendliche mehrere *übergreifende Projektlinien* finanziell gefördert und personell unterstützt. Dazu zählen Seminare des Alternativen Jugendzentrums, die Tätigkeit des Jüdischen Kulturvereins, des Kulturellen Informations- und Einwohnerzentrums, der Stiftung Evangelische Jugendhilfe, die Bestrebungen in der Präventions-, Jugend-, MigrantInnen- und AussiedlerInnen-Arbeit sowie die Aktivitäten im Bereich „Sicherheitspartnerschaft“.

Drittens belegten auch die analytischen Nachfragen, dass in Dessau *vielfältige (Alltags-) Aktivitäten* politisch-kultureller Art gegeben sind. Es wäre nicht übertrieben, pro Quartal von Dutzenden kleineren und größeren Veranstaltungen (in Treffpunkten, bei Vereinen, in Jugendeinrichtungen usw.) zu sprechen. Die Analyse von ausgewählten Themen, die in der „Mitteldeutschen Zeitung“ veröffentlicht wurden, ergab u. a.: Zwischen Januar und Oktober 2001 fanden 32 größere Veranstaltungen zum Themenkomplex Antirassismus, Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus statt, was einem Durchschnitt von mehr als 3 Aktionen pro Monat entspricht (siehe Anhang „MZ“-Analyse). Damit verknüpft sind auch längerfristige Aktionslinien, wie beispielsweise die Kampagne „Mehr Respekt für Kinder“, Präventionsveranstaltungen u. ä. Für die Breite und Lebendigkeit der „alltäglichen“ Aktivitäten sprechen beispielsweise die Aussagen der schriftlich befragten Jugendlichen. Die hierbei in die Stichprobe einbezogenen Heranwachsenden hatten zwar durch ihre zufällige

Anwesenheit in einer Jugendeinrichtung ein gemeinsames Merkmal, wiesen aber ansonsten (kognitive Fähigkeiten, Interessenlagen, politischen Ausrichtungen, jugendkulturelle Stile usw.) deutliche Unterschiede auf (siehe Grafik 3):

Grafik 3: Aussagen Dessauer Jugendlicher über persönliche Teilnahme an Aktionen und über die Qualität der Veranstaltungen (Angaben in Prozent, gerundet)



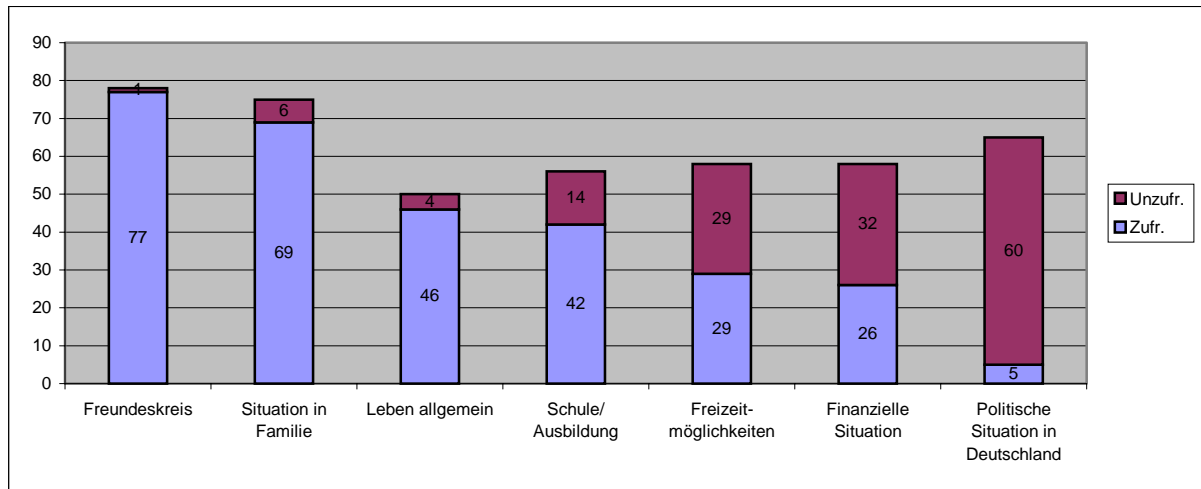
Quelle: Jugendbefragung Dessau 2001.

Viertens haben sich in Dessau mehrere Akteursgruppen in Form von *Arbeits- und Aktionskreisen* relativ stabil und längerfristig etabliert. Das „Bündnis gegen Rechts-extremismus“, die AG „Sicherheitspartnerschaft“, Vereine im Multikulturellen Zentrum und in seinem Umfeld, die AG „Jugendarbeit“, das Netzwerk für MigrantInnen u. a. - all dies strukturiert bereits einen beachtlichen zivilgesellschaftlich orientierten Verbund.

Fünftens können Stimmungen in der jungen Generation im Ganzen als kritisch-produktiv eingeschätzt werden. Wie auch in früheren Studien,¹² wurde bei der aktuellen Befragung sichtbar, dass Jugendliche sich in ihrer Lebenswelt durchaus einrichten können und keinesfalls mehrheitlich eine negativ-frustrierte Sicht auf ihre soziale Umgebung haben. So bewerten sie den „Freundeskreis“, die „Situation in der Familie“, ihr „Leben allgemein“ oder die „Schule/Ausbildung“ überwiegend positiv, „finanzielle“ und „Freizeitmöglichkeiten“ ausgeglichen, die „politische Situation in Deutschland“ hingegen ziemlich kritisch.

¹² Vgl. FOKUS 2001, Stopperka 2001.

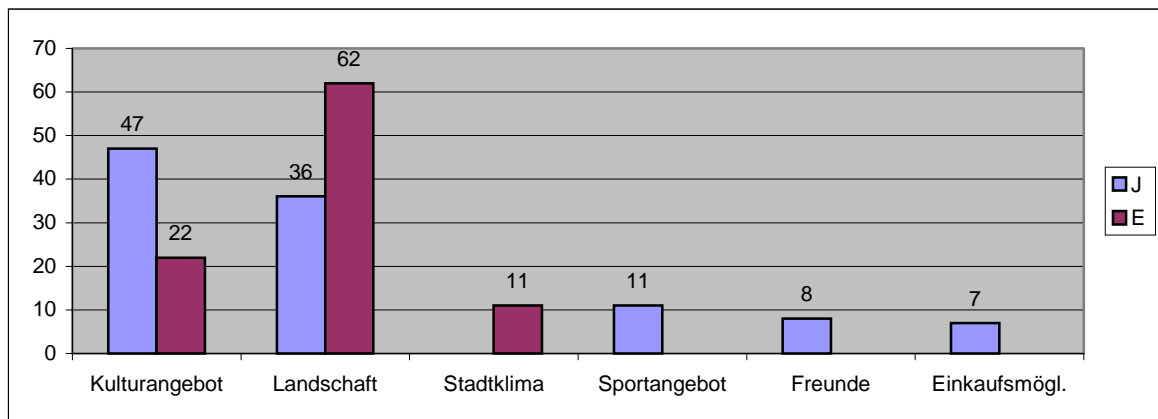
Grafik 4: Aussagen zur Lebenszufriedenheit in verschiedenen Bereichen bei Dessauer Jugendlichen
(Angaben in Prozent, gerundet)



Quelle: Jugendbefragung Dessau 2001.

Gleichsam summarisch treffen Jugendliche und interviewte Erwachsene bei der Antwort auf die Frage „Was gefällt Ihnen an Dessau?“ die in Grafik 5 dargestellten Aussagen. Das von den Interviewpartnern/innen betonte „Stadtklima in Dessau“ beziehen sich hier vor allem auf die überschaubare soziale Nähe in der Stadt und auf die Tatsache, dass eine größere Anzahl von Menschen Engagement und Interesse zeigt (vgl. Int).

Grafik 5: Positiv-Aussagen zur Stadt Dessau: „An Dessau gefällt mir besonders ...“
(J = Jugendliche, E = Erwachsene, Angaben in Prozent, gerundet)



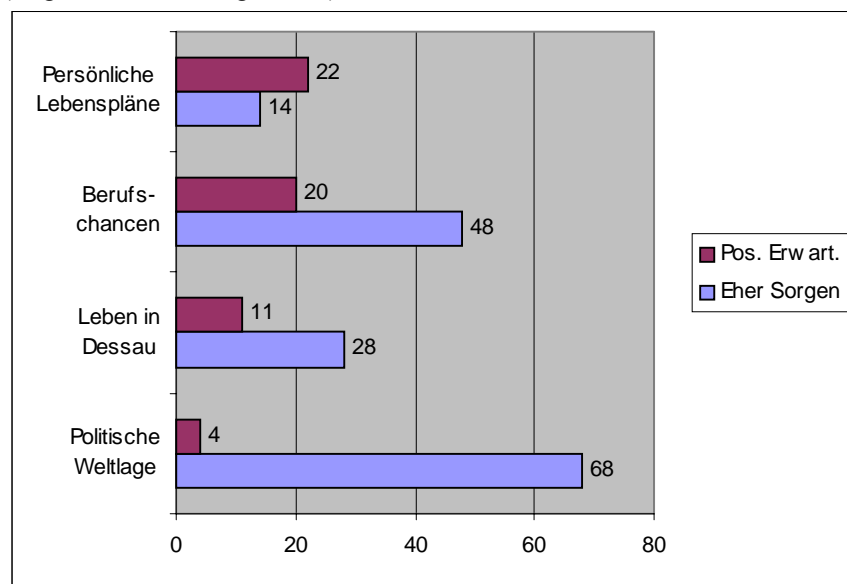
Quellen: Jugendbefragung/Interviews Dessau 2001.

Mit dem notwendigen Realismus betrachtet, fallen jedoch auch mehrere *negative Merkmale* ins Auge:

Erstens werden in recht breitem Umfang die wirtschaftlich-sozialen Folgen von Arbeitslosig-

keit, Armutsdifferenzierungen (siehe auch Grafik 2: Anteil Langzeit-Arbeitsloser), damit verknüpfte Probleme bei der Bestimmung von langfristigen Lebensperspektiven und - ebenfalls damit verbunden - Tendenzen der „Abwanderung“, vor allem Jugendlicher,

Grafik 6: Aussagen über Zukunftserwartungen bei Dessauer Jugendlichen
(Angaben in Prozent, gerundet)



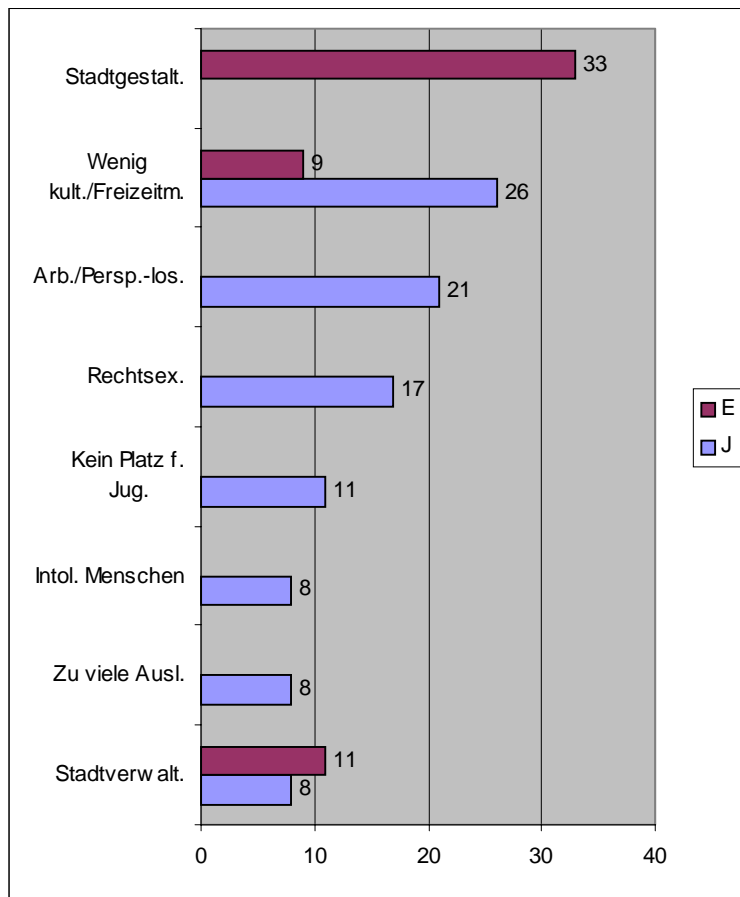
Quelle: Jugendbefragung Dessau 2001.

beklagt. Die in der Grafik 6 getroffenen Aussagen Jugendlicher über „Berufschancen“ und eine „Perspektive in Dessau“ stimmen durchaus mit dem Faktum überein, dass die Stadt jährlich etwa 2 Prozent der Bevölkerung im Alter bis 30 Jahre durch Wegzug verliert und dass 31 Prozent der befragten Jugendlichen angaben, „*lieber woanders wohnen zu wollen*“ (vgl. JB, siehe auch Angaben zur Bevölkerungsentwicklung im Anhang). Wenn auch nicht für jede Person gleichermaßen spürbar, zeigt sich, dass soziale Konflikte um Dessau keinesfalls einen Bogen machen.

Zweitens wurden durch zahlreiche Äußerungen von rund 40 Prozent der Befragten (vgl. Int) *kritische Bewertungen zur geistig-mentalenen Situation* in Dessau formuliert. Der Grundtenor dieser Meinungen ging in die Richtung, „Einkapselung“, ja Provinzialismus zu erleben, eine bei den Dessauerinnen und Dessauern verbreitete Scheu vor „Neuem“ und „Fremdem“ zu konstatieren und gerade die Fähigkeit der Toleranz als entwicklungsbedürftig anzusehen. Kritische Einschätzungen bezogen sich auch darauf, dass Prozesse des Umgangs mit praktischer Demokratie sehr schwierig seien und eines intensiven Lernens bedürfen (vgl. Int).

Drittens belegt das summarische Bild der Antworten auf die Frage „*Was stört sie an Dessau?*“ (siehe Grafik 7), dass hier von Teilen der Bevölkerung auch Sachverhalte benannt werden, die anderen Bürgerinnen und Bürgern positiv erscheinen (z. B. „Stadtgestaltung“,

Grafik 7: Antworten auf die Frage „Was stört Sie an Dessau?“
(J = Jugendliche, E = Erwachsene, Angaben in Prozent, gerundet)



Quellen: Jugendbefragung/Interviews Dessau 2001.

„Freizeitmöglichkeiten“). Das Meinungsbild ist also gespalten. Jeder sechste Jugendliche charakterisiert ausdrücklich „Rechtsextremismus“ als einen störenden Faktor in Dessau.

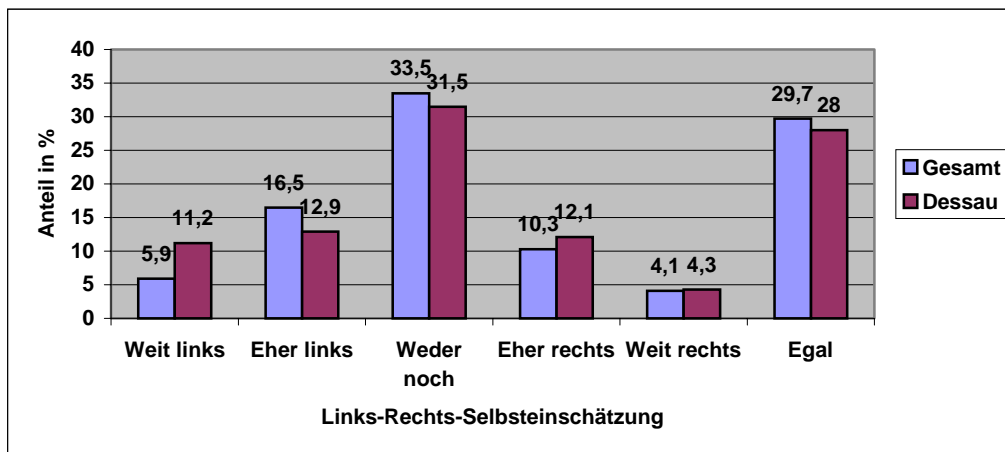
Im Weiteren wird auf eine Reihe *spezifischer Probleme* eingegangen. Ihre Besonderheiten liegen zum einen darin, dass sie in unmittelbarer Beziehung zum Thema „Toleranz und Demokratie“ stehen und zum anderen in der inneren Widersprüchlichkeit der Aussagen. Letztere tritt - wie noch näher zu zeigen sein

wird - u. a. in der Weise zu Tage, dass sich im Gesamtbild der Meinungen Gruppen finden, die klare Problemartikulationen gegen „Rechts“ markieren, dass aber in vergleichbarer Größenordnung auch Populationen mit intoleranten und/oder „ausländerfeindlichen“ Haltungen anzutreffen sind.

Als *besonders zu betonende Problemlagen* wären zu nennen:

Zunächst kann festgehalten werden, dass die „politische Jugendszene“ in Dessau in ihrer Rechts-Links-Dimension *klarer profiliert* ist als im Landesdurchschnitt. Gemessen an der (im Ganzen recht zuverlässigen) „Selbsteinschätzung“ der Jugendlichen, finden sich in Dessau unter den Heranwachsenden rund 24 Prozent „Linke“ und 16 Prozent „Rechte“. Der Umfang

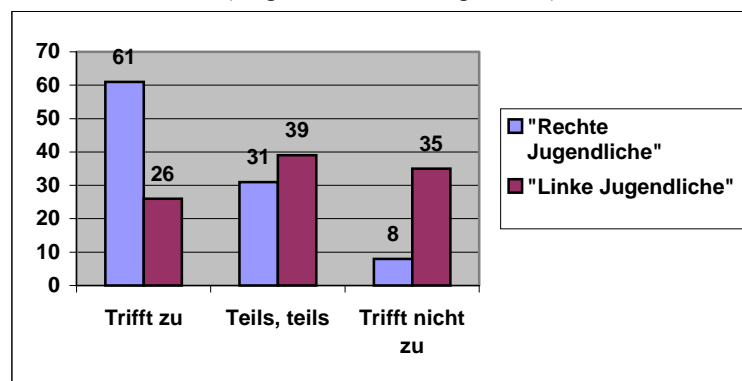
Grafik 8: Politische Selbsteinschätzung Dessauer Jugendlicher im Vergleich mit den Jugendlichen Sachsen-Anhalts (Angaben in Prozent)



Quelle: FOKUS-Studie Junge Rechte 2000.

solcher „Gesinnungsgruppen“ allein sagt jedoch noch nichts über Gefährdungspotenziale (z. B. durch Gewalt) aus. Um die mitunter aufgeworfene Frage nach den „Gefahren durch Extremismus gleichermaßen von `Rechts` und `Links`“ genauer zu beleuchten, wurden direkte Nachfragen an die Jugendlichen gerichtet (siehe Grafik 9): Die Aussagen entsprechen von ihren Dimensionen her auch den Fakten der Interviews. Im Wesentlichen verortet man Gefährdungen im rechten Spektrum der jugendlichen Szenen, ohne jedoch den Einfluss „Linker“ ganz zu vernachlässigen.

Grafik 9: Meinungen zur Aussage: „Handlungen durch `rechte` oder `linke` Jugendliche könnten Ursachen von Intoleranz und Extremismus sein“ (Angaben in Prozent, gerundet)

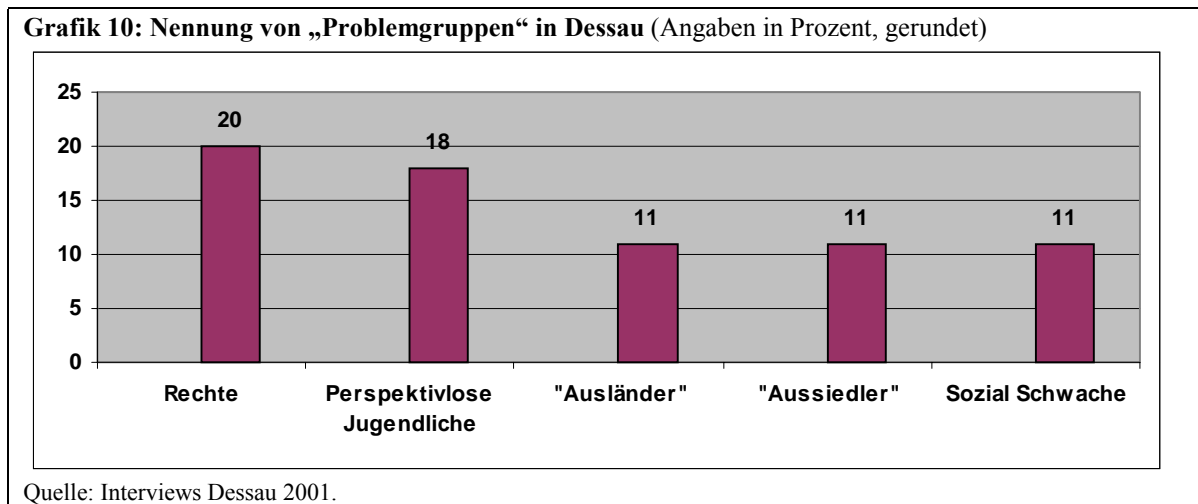


Quelle: Jugendbefragung Dessau 2001.

Ein *weiterer Problemaspekt*

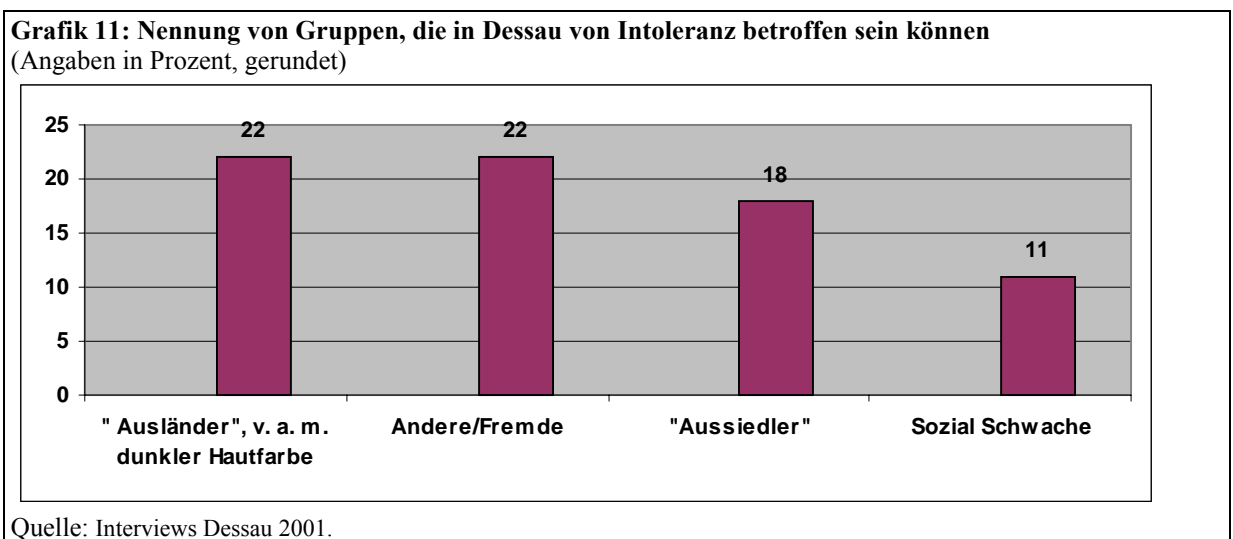
wird durch Aussagen verdeutlicht, die sich - etwa bei jeweils der Hälfte der Befragten - auf das *unzureichende „Funktionieren“ von Demokratie* beziehen. Kritische Meinungen sind vor allem auf Fragen der „wirklichen Einbeziehung“ von Bürger, auf „Transparenz der Entscheidungen“ oder auf die notwendigen Verantwortungswahrnehmung bei gewählten Politikern/innen bzw. bei Personal in Ämtern und Verwaltungen gerichtet (vgl. Int). Rund 75 Prozent der befragten Jugendlichen, davon 28 Prozent mit der Betonung „*Trifft genau zu*“, sehen in „Ohnmachtsgefühlen gegenüber der Gesellschaft“ mögliche Gründe für intolerantes oder extremistisches Verhalten.

In Verbindung mit der Gesamthematik wurde nach so genannten „*Problemgruppen*“ in Dessau gefragt. In einigen Interviews hielt man sich dazu sichtlich bedeckt oder hob hervor,



dass kein besonderer Unterschied zu anderen Städten vorläge. Die in der Grafik 10 gekennzeichneten „Problemgruppen“ lassen allerdings die innere Widersprüchlichkeit der Wahrnehmung erkennen: Neben „Rechten“ und von sozialen Konflikten berührten Menschen werden hier ebenso „Ausländer“ und „Aussiedler“ angeführt.

Eng damit verknüpft, fördern die Aussagen über *Personengruppen*, die in Dessau besonders von *Intoleranz betroffen* seien, Interessantes zu Tage. In beachtlicher Größenordnung wird



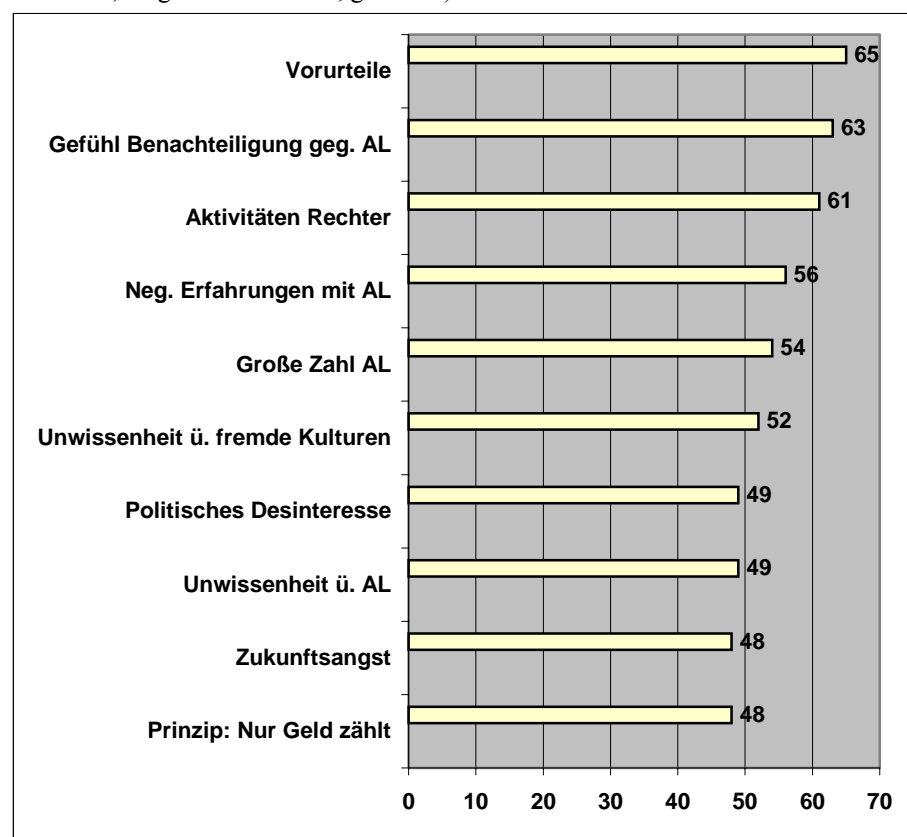
bekundet, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft, die vor allem anhand äußerer Merkmale gekennzeichnet sind, und Personen, denen etwas „Andersartiges“/„Fremdes“ anhaftet, mit intolerantem Verhalten ihrer Umwelt rechnen müssen. Vielfach drückt sich dies über Sprach-

formen (z. B. diskriminierende Bezeichnungen, Witze o. ä.) aus (vgl. Int).

Ohne zu dramatisieren, kann anhand der Beobachtungen und Analysen von *ernst zu nehmendem Rechtsextremismus (und Gewaltpotenzialen)* sowie von *Spannungen im Verhältnis zu Migranten/innen* bzw. Personen, die man als „Ausländer“ ansieht, gesprochen werden. Von der Existenz rechter Gefahren zeugen nicht nur tragische Gewalttaten, welche die Medien aufgriffen (Ermordung Alberto Adrianos im Juni, Überfall auf vier Jugendliche im Oktober 2000), sondern auch die Präsenz rechtsextremer Personen bzw. Gruppen in verschiedenen Stadtteilen und mehrere dokumentierte Vorfälle mit Gewaltelementen (vgl. Int). In Bezug auf Fremdenfeindlichkeit sprachen zahlreiche Befragte von „Alltagsrassismus“, der sich in Vorurteilen, Diskriminierungen oder direkt feindlichen Handlungen manifestiert. Wie bereits im Text oben angedeutet, belegen auch die nachfolgenden Daten (siehe z. B.

Grafik 12), einen Mix zwischen realistischer Problemsicht und Positionen, die ihrerseits nicht frei von Negativ-Stereotypen sind: Mehrheiten der befragten Jugendlichen halten es immerhin für möglich, dass das „Gefühl von Benachteiligung gegenüber Ausländern“, „negative Erfahrungen

Grafik 12: Aussagen über mögliche Ursachen von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus - 10 am häufigsten genannte Faktoren (siehe auch Anhang, AL = Ausländer, Angaben in Prozent, gerundet)



Quelle: Jugendbefragung Dessau 2001.

mit Ausländern“ oder „deren große Zahl“ (!) Ursachen für Intoleranz und Extremismus sein können. (Die vollständige Liste der möglichen Gründe ist im Anhang, siehe Teil 3, Tabelle 7, aufgeführt.) Auch die von einigen Jugendlichen in den offenen Fragen der schriftlichen Erhebung getroffenen Aussagen („Was stört an Dessau?“, „Wie soll nach dem 11. September

2001 reagiert werden?“) belegen bestimmte fremdenfeindliche Stereotype (siehe Anhang, Teil 4, Antworten auf „offene“ Fragen).

Die interviewten Erwachsenen benannten aus ihrer Sicht als Ursachen von „Fremdenfeindlichkeit“ vor allem „Allgemeine Unzufriedenheit und Sozialneid“ (22%), „Arbeitslosigkeit“ (20%), „Unkenntnis über die reale Situation von Ausländern“ (18%) oder „Fehlende Kontakte zu Ausländern“ (11%).

Resümierend wäre hervor zu heben:

Dessau ist eine „Durchschnitts-Stadt“ - und sie hat doch etwas Besonderes! Dessau verfügt, eingebettet in die Problemlagen der Region, über beachtliche sozial-kulturelle Möglichkeiten und Ausstattungen, die vielfältig für einzelne Bürgeraktivitäten und größere Veranstaltungen genutzt werden. In einem spürbaren Widerspruch dazu stehen die noch relativ verbreiteten Positionen von Zurückhaltung gegenüber öffentlichen Angelegenheiten bzw. eine gewisse Abkapselung. Angesichts der doch nachweislichen Probleme durch rechtsextreme Gefährdungen, latenter Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz im Alltag liegt eine übergreifende Aufgabe darin, das genannte Widerspruchsfeld konstruktiv zu bearbeiten.

2.3 Besondere Widerspruchsfelder

Gleichsam als die Resultate von Problemuntersuchungen förderten die Analysen mindestens *fünf Widerspruchs- bzw. Konfliktfelder* zu Tage, die gerade durch ihr „unterschwelliges“ Wirken Entwicklungsprozesse in Richtung auf Toleranz und Demokratie entscheidend behindern. Diese Widersprüche produktiv bearbeiten zu können, verlangt zunächst, sie offen zu benennen.

Methodischer Ausgangspunkt der folgenden Analyse sind Verallgemeinerungen, die durch Beobachtungen, durch Kontaktgespräche und auf der Grundlage der realisierten Interviews entstanden. Damit wurden auch einige sozialwissenschaftlich-theoretische Überlegungen verknüpft.

Die im Folgenden skizzierten Widerspruchs- und Problemfelder sind selbstverständlich eng miteinander verflochten. Angesichts der Notwendigkeit, Toleranz und Demokratie zu stärken und Erscheinungen wie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zurück zu drängen, müssen mit Nachdruck folgende Aspekte *kritisch benannt* werden:

▪ ***Interessen- und Stimmungslage einer „schweigenden Mehrheit“ (von zumeist Erwachsenen) versus „Konzentration auf Jugendprobleme“.***

Gewalt, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit u. ä. gelten - sowohl im Rahmen medialer Darstellung als auch bei Überlegungen zur notwendigen Intervention eher oder vorrangig als „Jugendprobleme“. Diese Sichtweise ist keineswegs völlig konstruiert; sie beruht auf mehreren, in sich allerdings widersprüchlichen Argumenten:

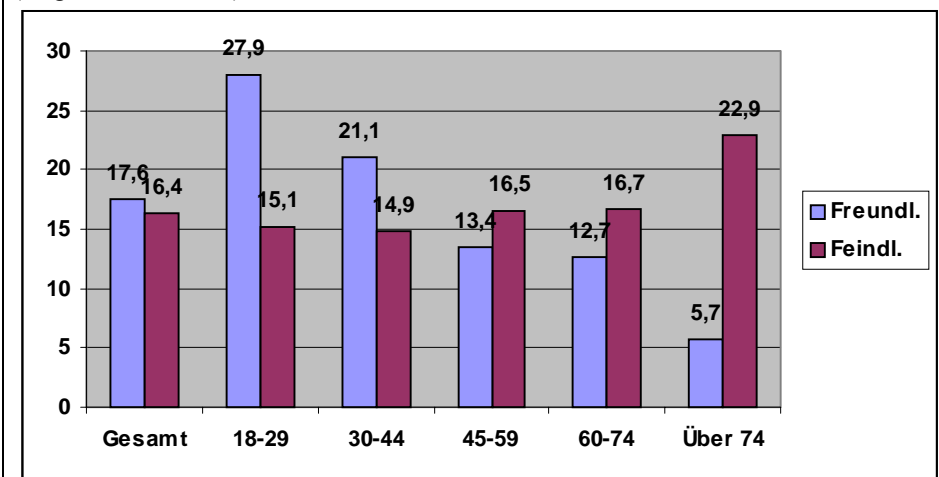
- Der Blickwinkel entspricht einem in früheren Jahrzehnten entwickelten, allgemeinen jugendtheoretischen Ansatz, der die heranwachsende Generation vor allem als „problematische Population“ versteht, ja, sie gleichsam so definiert.¹³ Letztendlich, dies wäre einzuwenden, verbirgt sich dahinter auch das Bestreben der moralischen Distanzierung und einer „Entlastung“ Älterer.
- Man begründet die Sicht hauptsächlich mit der Auffälligkeit von Handlungen Jugendlicher, in die nicht selten auch Straftaten eingeschlossen sind. So plausibel dies klingen mag, beinhaltet es doch mindestens zwei Ungenauigkeiten im Denken: Zum

einen vernachlässigt man die *Beziehungen zwischen Einstellungen und Verhalten* und betrachtet zumeist eher Verhaltensakte, die allerdings bei Jugendlichen zumeist „auffälliger“ oder „rabiater“ in Erscheinung treten. Zum anderen genügt ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik, um zu erkennen, dass Jugenddelinquenz immer noch nur einen Bruchteil aller Straftaten in Deutschland ausmacht.

- Die Konzentration auf Jugendliche in kritischer Beobachtung und erzieherischer Bemühung ist gleichsam eine romantische Notlösung: Junge Menschen können, im Unterschied zu beispielsweise ihren Eltern, institutionell scheinbar leichter erreicht werden. Romantische Züge trägt dieses Vorgehen deshalb, weil gedanklich mitunter dahinter steht, dass die älteren Generationen „eben nicht mehr zu ändern seien“; wenn es aber gelänge, „alle Jugendlichen zum Guten zu erziehen“, dann würde das biologische Nachwuchs schon das Meiste regeln.

Die Realität ist komplizierter. Im Kontext des angezielten Themas müssen die empirisch klar belegbaren Fakten in Rechnung gestellt werden, dass *wesentliche Einstellungen*, die Fremdenfeindlichkeit, autoritäres Denken oder Elemente des Antisemitismus betreffen, in höheren Lebensaltersstufen stärker ausgeprägt sind als bei Jugendlichen.¹⁵ In der Grafik 13 ist dieser Zusammenhang anhand aktueller Daten belegt.

Grafik 13: Altersverteilung „ausländerfreundlicher“ und „ausländerfeindlicher“ Positionen in der ostdeutschen Bevölkerung im Jahr 2000¹⁴
(Angaben in Prozent)



Quelle: Chrpa 2001b.

Die Benennung des hier charakterisierten Widerspruchsfeldes ist deshalb so wichtig, weil die organisatorisch berechnete Anbindung eines Aktionsplanes an den Bereich Jugendarbeit eben nicht dazu führen darf, die Problemlagen „außerhalb“ der Jugend zu vernachlässigen. Es gingen mit

¹³ Biermann et. al. 1992.

¹⁴ Die Korrelation zwischen Einstellungen und Lebensalter ist in der westdeutschen Bevölkerung sogar noch stärker als im Osten ausgeprägt (Anm. des Autors).

¹⁵ Vgl. Kleinert/De Rijke 2001, Chrpa 2001b.

Sicherheit wertvolle Potenzen verloren, wenn Jugendliche vorrangig oder ausschließlich als „Objekt von Erziehung“ und nicht als „Partner“ für das Handeln gelten. Bekennt man sich im Ganzen zu einer solchen realistischen Sichtweise, so werden die Dimensionen des Problems, seine Schwierigkeiten, aber auch neue Schwerpunkte der Arbeit erkennbar. Im wahrsten Sinne des Wortes sollte es bei allen Bemühungen zur Förderung von Toleranz und Demokratie darum gehen, die „Mitte der Gesellschaft“ zu erreichen.

▪ ***Platz und Behandlung des Themas in der öffentlichen Meinung/im tatsächlichen „öffentlichen Bewusstsein“ versus „Kommunizieren bei Bedarf“ versus „Mediatisierte Spaß-Gesellschaft“.***

Die marktwirtschaftlich organisierte Mediengesellschaft und die praktisch realisierte Konkurrenz im politischen System, ausgeführt vor allem durch die Parteien, haben Öffentlichkeitsstrukturen und Mechanismen der Nachrichtenvermittlung mit ambivalenten Wirkungen hervorgebracht. Für die breite Stärkung von Toleranz und Demokratie fällt dies nicht automatisch positiv, auf einigen Feldern sogar hemmend ins Gewicht.

Die hier zum Tragen kommende *Widersprüchlichkeit* ließe sich verknüpft folgendermaßen charakterisieren:

Einerseits verlangen die bereits angeführte Komplexität der Zielkategorien und ihre gewichtigen moralischen Dimensionen eine gründliche, tiefergehende und mit einem angemessenen kulturellen Stil betriebene Beschäftigung mit der Thematik. Symbolische Handlungen, bloße summarische Aufzählungen von Aktivitäten oder Elemente der „Spaßgesellschaft“ sind wenig geeignet, notwendiges Problembewusstsein zu entwickeln oder selbstlos Engagierten Mut zu machen.

Andererseits sind - bezogen auf die durch Medien geprägte Meinungsbildung und in Hinsicht auf das dabei auftretende Medien-Konsumverhalten vieler Menschen - gerade in Ostdeutschland mehrere wichtige Merkmale zu konstatieren¹⁶:

- Mediale Reizüberflutung, Beschleunigung der Informations- und Nachrichten-Ströme (mit Tendenz verstärkter Bildhaftigkeit in kurzen Sequenzen);
- großer, auf hohem Niveau zunehmender TV-Konsum, wobei dem Fernsehen (im Osten) weiterhin relativ viel „Informationskraft“ zugeschrieben wird;

¹⁶ Vgl. Brosius 1995, Winterhoff-Spurk 1999, Chrapa 2000.

- deutlich wachsende Unterhaltungstendenz, sowohl durch Ausweitung des Anteils als auch mit Hilfe der Durchdringung anderer Genres („Infotainment“);
- Themenselektionen und Inszenierungen, dies einerseits medientechnisch bedingt, aber ebenso nach marktwirtschaftlichen Regeln und unter dem Einfluss starker politischer Akteure.

Bereits diese kurze Gegenüberstellung macht deutlich, dass es der Einzelperson wahrlich nicht leicht fallen kann, sich ein realistisches Bild von den komplizierten Problemzusammenhängen des Themas „Toleranz und Demokratie“ zu machen, zu einer Thematik, die im Vergleich mit dem alltäglichen Medienangebot geradezu tief philosophisch wirkt. Allein vielbetriebener TV-Konsum wird - bei der gegenwärtigen Verfasstheit dieses Mediums - wohl nicht weiterhelfen.

In Dessau haben die Analysen den folgenden interessanten Widerspruch deutlich gemacht: Obwohl die meisten Befragten persönlich eine gute bis mittelmäßig-ausreichende „Informiertheit“ zur Thematik konstatierten, forderten gleichzeitig etwa 60 Prozent der Interviewten eine „andere, bessere Öffentlichkeit“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ im Kontext von Demokratie und Toleranz ein und hielten „Unwissenheit“ für einen wichtigen Faktor, der Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz befördert (betont von 22%, vgl. Int).

Ob der nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Netzwerk- Konferenz in Dessau besonders ausgeprägte „Buschfunk“ hier eine anregende Rolle ausüben kann, bliebe abzuwarten; auf jeden Fall muss nach Formen gesucht werden, in denen ausreichende, sachliche Information mit Möglichkeiten der Streitbar-konstruktiven Diskussion verkoppelt sind.

▪ **„Akteursdifferenzen“ verschiedener Art.**

Wie bereits skizziert, geht es beim Handeln im Sinne der Zielthematik um einen breiten Ansatz. Dem entsprechend werden damit verknüpfte Handlungsträger - bereits auf zivilgesellschaftlicher Ebene und noch stärker unter Einbeziehung staatlicher bzw. von Verwaltungsstrukturen - stets einige Gemeinsamkeiten, aber auch beachtliche Unterschiede, ja selbst Gegensätzlichkeiten aufweisen.

In Dessau ist es bislang nicht ausreichend gelungen, die Verschiedenartigkeit der mit der Thematik verknüpften Akteure und Akteursgruppen (nach Interessen, politischen Strömungen, Funktionen, kulturellen Ausrichtungen o. ä.) produktiv nutzbar zu machen. Dies betrifft mindestens drei Ebenen:

a) *Ideologische (besser: „Ideologisierte“) Differenzen*

Zahlreiche Beobachtungen und Gesprächskontakte wiesen darauf hin, dass im Akteursspektrum weiterhin politische Vorbehalte existieren, die mit wechselseitigen Zuschreibungen - etwa in der Dimension „Linke Chaoten“ versus „Bürgerliche Rechtskonservative“ - verbunden sind. Politische Differenzen sind an sich normal, gehören zu einer funktionierenden Demokratie und können sehr produktiv sein. Wenn sie jedoch dazu führen, dass Positionsgewinne gegenüber dem vermeintlichen politischen Gegner mehr zählen als vergrößertes Bürgerengagement für Toleranz, dann muss dies blockierende Wirkungen haben.

b) *Funktionale Differenzen*

Spannungen auf dieser Grundlage sind besonders zwischen Bürger- und Jugendeinrichtungen einerseits und Ämtern/Verwaltung andererseits erkennbar. Die unterschiedlichen „Arbeitslogiken“ (Zielstellungen, Hierarchien, Zeitregime, Motivationen usf.) z. B. eines Amtes oder eines Jugendklubs haben in negativer Kombination mit Kommunikationsproblemen (siehe unten) Verhältnisse befördert, in denen wechselseitiges Misstrauen, bis hin zu lächerlich paranoiden Formen, existiert, was wiederum der gemeinsamen Arbeit nicht zuträglich ist. In Gesprächen, die das Thema Vernetzung betrafen, wurden beispielsweise in dieser Hinsicht mehrfach Ängste geäußert, dass das Zusammenwirken Unterordnung und Kontrolle durch städtische Organe bedeuten könnte (vgl. Int).

c) *Konkurrenzgeladene Differenzen*

Diese Probleme beziehen sich vor allem auf das Verhältnis von Einrichtungen und Initiativen untereinander. Berechtigt oder unberechtigt, sind Konkurrenzbeziehungen, bei denen es um knappe Güter wie Fördermittel oder Personalstellen geht, weit verbreitet. Anregungen zum Ideenaustausch oder zur Vernetzung begegnet man nicht selten mit Argumenten wie „notwendige Stellenerhaltung“, „Spannungen zwischen

freien Trägern und kommunalen Einrichtungen“ oder mit schlichtem Betriebsegoismus.

- ***Kommunikations-Probleme (siehe voriger Punkt): Schwierigkeiten bzw. mitunter faktische Unmöglichkeiten, Spannungen im Diskurs auszutragen.***

Eng mit dem eben Gesagten verbunden, sind deutliche Kommunikationsblockaden bzw. -störungen zwischen relevanten Akteuren nachweisbar. Verkürzt gesagt: Man redet häufig übereinander/aneinander vorbei, spricht Wichtiges nicht aus und weicht produktivem Streit nach Möglichkeit aus.

Im Rahmen der Netzwerk-Konferenz im Dezember 2001 wurde dieser Problematik ein spezieller Diskussionskreis gewidmet. Im Ergebnis der dabei geführten Debatten stellte man übereinstimmend fest, dass die in den soziologischen Analyseschritten beobachteten Problemlagen real sind: Kommunikative Begegnungen sind oftmals durch vorhergehende negative Zuschreibungen der Akteure geprägt: Dieses Misstrauen führt zu verzerrten Wahrnehmungen, so dass letztlich der Mechanismus einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung in Gang gesetzt wird. Um diesem Problem zu begegnen, wären mindestens drei Schritte erforderlich. Erstens sollten Begegnungen sichtbar durch Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit gekennzeichnet sein, was man durch symbolische Kommunikationsakte durchaus realisieren kann. Zweitens müsste - auf lange Sicht - ein Austausch über die Qualität der Kommunikationsverhältnisse erfolgen können, quasi in Form von „Rückkopplungen“. Drittens schließlich sollten sich alle Akteure bemühen, ihre Partner sachlich und vorausschauend über Absichten und Probleme zu informieren, was wiederum gleichsam eine „vertrauensbildende Maßnahme“ darstellt (vgl. NWK).

Die hier doch sehr deutlich betonten Aspekte „Funktionale Differenzen“ und „Kommunikationsprobleme“ sind nur scheinbar randständige Konfliktlagen für das Thema Toleranz und Demokratie. In Dessau wird auf schmerzhaft Weise sichtbar, dass sich beachtlich ausgestattete und auch motivierte Akteure gewissermaßen „selbst blockieren“. Theoretisch betrachtet, wirken hier die Schwierigkeiten des kollektiven Handelns¹⁷ zur Erlangung „öffentlicher Güter“ und die Mechanismen des so genannten „Gefangenens-

¹⁷ Vgl. Olson 1968.

Dilemmas¹⁸: Kooperation käme nur dann zustande, wenn man sicher ist, dass die anderen auch kooperieren, ohne einen übervorteilen zu wollen. Verharren alle/viele auf ihrer Zurückhaltung, kooperiert niemand, und der Gesamtnutzen bleibt gering.

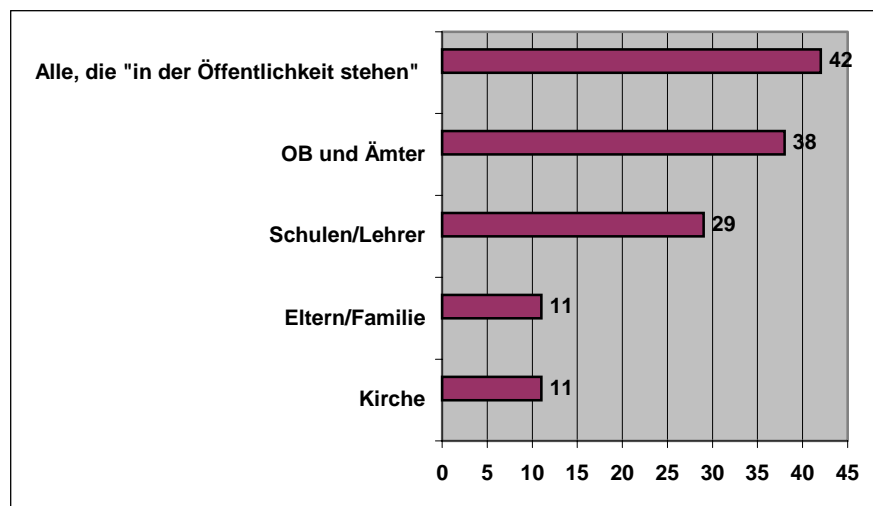
Kritisch wäre hinzu zu fügen: Eine solche Selbstblockade widerspricht in deutlicher Weise dem Anliegen des angezielten Aktionsplanes. Toleranz und Demokratie sind eben nicht durch Zwang irgend einer Art, sondern nur durch Zusammenarbeit auf freiwilliger Grundlage mit Leben zu erfüllen.

▪ **Unzureichende Institutionen-Nutzung.**

Institutionen verkörpern per definitionem feste, überwiegend anerkannte Regelsysteme; auf Grund dessen und anhand ihrer Ressourcenausstattung besitzen sie Autorität und praktische Bedeutung.¹⁹ Schule(n), politische Akteure und Ämter, aber auch Wirtschaftsunternehmen, Medien oder die „Familie“ sind ohne Zweifel wichtige Institutionen in der Stadt Dessau.

Im Rahmen der Analysen wurden Nachfragen vorgenommen, welche Institutionen bzw.

Grafik 14: Aussagen zu Akteuren mit besonderer Verantwortung für die Entwicklung von Toleranz und Demokratie - Erwachsene (Angaben in Prozent, gerundet)



Quelle: Interviews Dessau 2001.

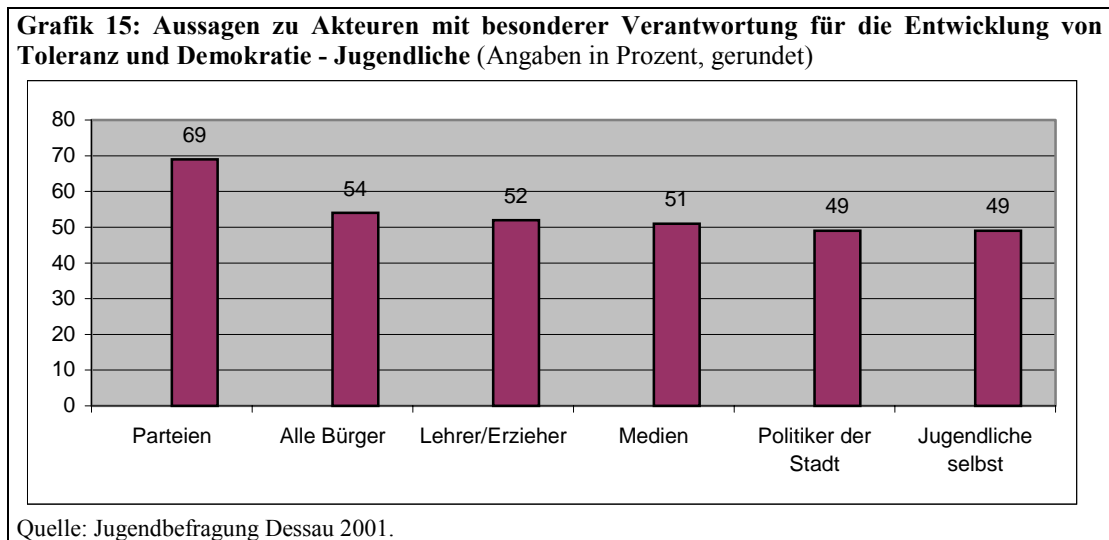
institutionellen Gruppierungen mit besonderer Verantwortung für die Themen Toleranz und Demokratie agieren sollten. Die Interviewten betonten besonders das öffentlich wirk-

ende Institutionengeflecht (Bei Item „Alle, die in der Öffentlichkeit stehen“ Nennungen vor allem: Politiker, Parteien, Medien usf. - vgl. Int). In den Meinungen Jugendlicher spielen interessanterweise die Parteien eine recht große Rolle; gleichzeitig hebt man aber auch die

¹⁸ Vgl. Esser 1999.

¹⁹ Vgl. Esser 2000.

notwendige „Selbstermächtigung“ aller Bürgerinnen und Bürger sowie der Jugendlichen hervor (siehe Grafik 15).



Die insgesamt hohen Erwartungen an Institutionen werden in Interviews und Befragungen auch mit kritischen Tönen verbunden. Am stärksten fällt hier wohl ins Gewicht, dass das koordinierte Zusammenwirken wichtiger institutioneller Elemente bislang nicht gelungen ist (vgl. JB, Int, NWK).

Im Überblick wäre festzuhalten:

Selbstverständlich markieren die konstatierten Widerspruchsfelder Problemlagen, die nur längerfristig bearbeitet werden können und die auch nicht nur in Dessau anzutreffen sind. In dieser Stadt fallen sie jedoch recht deutlich ins Auge. Die Bearbeitung der skizzierten Widersprüche, insbesondere in Bezug auf Akteursdifferenzen und Kommunikationsblockaden, ist eine unverzichtbare Bedingung für den notwendigen, einigermaßen stabilen Konsens der an Demokratie und Toleranz Interessierten und für erfolgreiche Schritte auf dem Weg des Aktionsplanes.

3. Der Aktionsplan: Grundlinien, Ideen, Vorschläge und Problemfelder

3.1 Mögliche Ansätze und Grundidee des Aktionsplanes

Gerade in den 1990er Jahren wurden im vereinten Deutschland schmerzliche, aber wichtige Erfahrungen mit Erscheinungen von Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gesammelt. Dem entsprechend kam es auch zu unterschiedlichen Reaktions- und Interventionsstrategien, die ihrerseits wiederum nicht selten Gegenstand von Auseinandersetzungen waren.²⁰ Zusammenfassend verweisen einige Autoren jüngster Fachveröffentlichungen beispielsweise auf die differenten Ebenen pädagogischer Handlungsansätze in der Konfrontation mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Genannt werden hier:

- Die *ökonomisch-soziale Ebene* mit Reformschritten, die auf Chancengleichheit und verbesserte Lebensperspektive zielen,
- die *politische Ebene* durch das Praktizieren transparenter, konfliktentschärfender Politikschritte,
- die *kommunale Ebene*, vor allem durch Unterstützung für lokale Akteure und Netzwerke,
- die *Ebene von Polizei und Justiz*, sowohl durch energisches Eingreifen als auch durch Präventionsarbeit,
- die *Alltagsebene* mit Annäherung an die Lebenswelt Betroffener und Gewährleistung einfacher Hilfsangebote,
oder
- die *Ebenen der Pädagogik und der politischen Bildung*, oft konzentriert auf Aktivitäten der Wissensvermittlung und Diskussion.²¹

Mit Blick auf diese und weitere wissenschaftlich begründete Möglichkeiten ergaben sich auch für das Projektteam unterschiedliche Konzept-Varianten. Denkbar war es beispielsweise,

- eine starke Konzentration auf *thematische Richtungen* vorzunehmen, so etwa „Rechtsextremismus“ (oder „Rassismus“) in den Mittelpunkt anzuleitender Aktivitäten zu stellen;

²⁰ Vgl. Krafeld 2001.

²¹ Vgl. Schubarth 2001.

- „Zielgruppen“ (Jugendliche allgemein, „rechte“ Jugendliche oder auch Migranten /innen, Aussiedler/innen) auszuwählen und mit ihnen zu arbeiten;
- den „Bildungsaspekt“ besonders zu betonen und dementsprechende Programme und Maßnahmen zu realisieren
oder
- mit besonderer Kraft bei der Organisation von *Veranstaltungen/Veranstaltungsreihen* tätig zu werden.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Projektteams entschieden sich bei der konzeptionellen Erarbeitung des Aktionsplanes für *drei vorbereitende Schritte*:

Erstens galt es, *grundsätzliche Überlegungen mit den Akteuren in Dessau zu beraten*. Aus diesem Grunde wurde in Kontaktgesprächen und vor allem in den Interviews folgende Fragestellung aufgeworfen:

„Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“ - das ist ja eine recht breite Themenstellung? Was meinen Sie, wie sollte man damit umgehen? Sollte man sich ganz bewusst auf wenige thematische Schwerpunkte (z. B. „Rechtsextremismus“ o. ä.) konzentrieren? Wenn ja, auf welche Schwerpunkte? Oder sollte man das Thema eher breit und umfassend - eben im Sinne der allgemeinen Stärkung von Toleranz und Demokratie - behandeln? (siehe auch Anhang, Leitfaden, Frage 3)

Erstaunlicherweise ergab sich ein recht klares Antwortprofil. 58 Prozent der Befragten votierten klar für die *„breite, umfassende Behandlung“* des Themas, damit von diesem Ansatz aus Schwerpunkte dann tiefergehend behandelt werden könnten; nur 24 Prozent der Interviewten befürworteten die thematische Konzentration.

Zweitens beschäftigte man sich in den konzeptionellen Diskussionen mit einer Reihe von *Prinzipien*, die als Ausgangspunkte für die erfolversprechende Realisierung eines solchen Vorhabens angesehen werden können. Dies betrifft insbesondere folgende Punkte:

- *Konsequenter Realismus*, was stets bedeutet, unter gegebenen Verhältnissen und mit den tatsächlich vorhandenen (nicht etwa mit idealisierten) Menschen ans Werk zu gehen.

- *Nutzenskalküle*, worunter vor allem zu verstehen ist, dass, bei allem voraus gesetzten Idealismus, die Mitwirkung den Beteiligten „Vorteile“ erbringen muss - wenn nicht im streng ökonomischen Sinne, so doch durch Anerkennung und Vermehrung von kulturellem und sozialem Kapital.
- *Toleranz und Demokratie nicht nur als Ziele, sondern als Bestandteile des Planes selbst*: Breite Teilhabe, Gleichberechtigung und Hierarchieabbau, eine sachlich-freundliche Umgangskultur - all diese Elemente betreffen auch die Akteure und die Umsetzung des Planes.
- *Lernprozesse und Selbstorganisation* bei der nur *schrittweise möglichen Umsetzung* von Aktionsplänen dieser Art, was nicht zuletzt auf die „*Offenheit*“ solcher Vorhaben hinweist.

Drittens schließlich wurden soziologisch orientierte Überlegungen vorgenommen, die sich auf die *innere Logik der notwendigen Veränderungsprozesse* im Sinne des Aktionsplanes bezogen. Politisch-kulturelle Veränderungen der angezielten Art, so das Resultat der Diskussionen, wären dann möglich, wenn es gelingt, ein *neues institutionelles Setting verschiedener Einflussfaktoren* zu arrangieren.²²

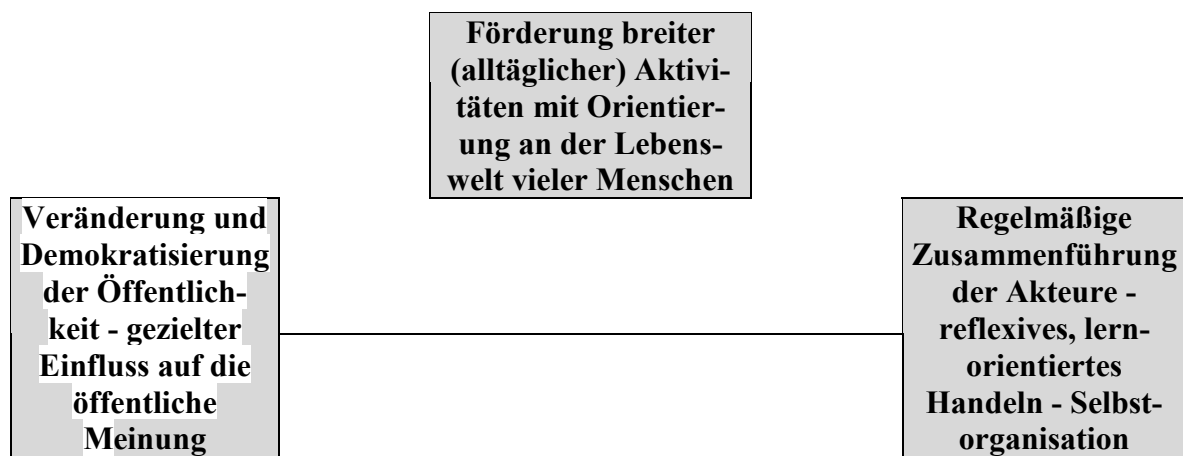
Gestützt auf diese vorbereitenden Arbeitsschritte konnte der folgende Ansatz formuliert werden:

Wichtigstes Ziel des Aktionsplanes ist ein *breites und selbstbestimmtes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für Demokratie und Toleranz, das wirksam in die Öffentlichkeit dringt und verstetigt* werden kann. Als Hauptelemente - gleichsam als „magisches Dreieck“ - sind dafür die Linien „*Alltags- und lebensweltorientiertes Handeln*“ + „*Veränderung der (lokalen) Öffentlichkeit*“ + „*Regelmäßige Zusammenführung (Rückkopplung) der Akteure*“ praktisch auszuarbeiten.

Die genauere Formulierung der einzelnen Hauptelemente und ihre Verflechtung werden in der Übersicht 16 dargestellt:

²² Vgl. Merkel 1999, Esser 2000.

Grafik 16: Übersicht zu den Hauptelementen des Aktionsplanes



Der Ansatz beruht vor allem auf der Überlegung, einen längerfristigen, dauerhaften Prozess in Gang zu setzen. Der Natur der angestrebten Ziele entspricht es, dass ein solcher Prozess nicht künstlich beschleunigt oder von außen „übergestülpt“ werden kann. Entscheidend ist vielmehr, dass vorhandene Aktivitäten weiter zum Tragen kommen und sich mit einigen neuen Komponenten verbinden. Mit Nachdruck soll betont werden:

Der anzustrebende Erfolg des Aktionsplanes hängt nicht nur von den Anstrengungen bei der Umsetzung der jeweiligen Hauptelemente, sondern von ihrer Verflechtung und ihrem parallelen Zusammenwirken ab.

In den weiteren Abschnitten sollen die Hauptelemente des Planes und die damit verbundenen Aufgaben genauer erläutert werden.

3.2 Alltags- und lebensweltorientierte Aktivitäten

Erstes Hauptelement des vorgeschlagenen Planes ist der „alltags- und lebensweltorientierte Ansatz“, der auf die Förderung vorhandener und die Schaffung einiger neuer Aktivitätsformen zielt. Der Alltag der Menschen ist wohl einer der mächtigsten Faktoren von Beharrung - oder von wirklicher Veränderung.

Die hier vertretene Orientierung auf das Alltagsleben hat einen besonderen theoretischen Hintergrund. Bei genauerer Betrachtung beinhaltet „Alltag“ mehrere Dimensionen: Die Bestimmung des sozialen Nahraums der Menschen, die Verknüpfung von sich häufig wiederholenden, oft routinemäßig vollzogenen Handlungsabläufen und der Blick auf weit verbreitete Lebensgestaltungen in einer „Welt des jederman“. Insofern hat der Alltag immense Bedeutung bei der Prägung wahrgenommener Realität. „Der Alltag ist Ausgangs- und Endpunkt aller menschlichen Handlungen,“ betont wohl zu Recht die Soziologin Agnes Heller, „er ist die geheime Hefe der Geschichte.“²³

Der Begriff der „Lebenswelt“²⁴ ist eng mit dem „Alltag“ verbunden, unterscheidet sich aber in einigen wichtigen Aspekten davon. Diese Kategorie umreißt zum einen ebenfalls den mikrosozialen Raum, den jedes Individuum um sich herum wahrnimmt: Zum anderen charakterisiert die Lebenswelt auch die Art und Weise, wie Menschen ihre Umwelt deuten, wie sie bestrebt sind, ihre verschiedenen Rollenverknüpfungen zu vereinen und für sich selbst „Sinn“ in ihrem Dasein zu produzieren.²⁵

Die angeführten Kategorien dienen vor allem dazu, den hier skizzierten praxisorientierten Ansatz genauer zu begründen. Es geht dabei zunächst um Veranstaltungen und andere Aktivitäten (in der Spanne von großen „Events“ bis zu „niedrigschwelligen“ Möglichkeiten), die auf Interessen und Verhaltensmuster so genannter „Durchschnittsbürger“ ausgerichtet sind. Dies kann und muss an zahlreiche, alltagsverbundene und in Dessau gegebene Aktivitätsformen anknüpfen, die weiter entwickelt werden können und deren Träger eine stärkere Anerkennung benötigen.

²³ Vgl. Heller 1978.

²⁴ Vgl. Laucken 1999.

²⁵ Um dies an einem Beispiel zu demonstrieren: Zwei Postangestellte (gleichen Alters, mit gleicher Qualifikation und gleichem Einkommen) können jeweils mit ihrem Leben zufrieden oder höchst unzufrieden sein: Der Eine sucht und findet Erfüllung in Beruf, Partnerschaft sowie Freundeskreis, der Andere dümmert frustriert vor sich hin (Anm. des Autors).

Die im Weiteren dargestellten Handlungsformen zielen insgesamt auf ein stärkeres Engagement für Toleranz und Demokratie. Sie schließen selbstverständlich genauer ausgerichtete Konzeptschritte ein, die sich mit Erscheinungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinandersetzen. Dafür gilt es, vorhandene und erprobte methodische Ansätze sowie Erfahrungen zu nutzen.²⁶ Als besondere Richtungen werden empfohlen:

- Niedrigschwellige Arbeitsformen, mit Orientierung auf alltagsnahe Begegnungen, oft außerhalb von Einrichtungen, und durch Kontakte sowie Meinungsaustausch;
- Beteiligungsorientierte Ansätze, mit dem besonderen Aspekt, „Mitbestimmung“/„Mitgestaltung“ bei der Regelung eigener Angelegenheiten zu demonstrieren und auch wirklich realisieren zu können (z. B. bei der Organisation von Projekten);
- Sozialräumliche und infrastrukturelle Varianten, unter genauer Beachtung des jeweiligen „mikrosozialen Raums“ sowohl in Hinsicht auf die örtliche Ausstattung als auch in Bezug auf die gegebenen Personenkreise und das kulturelle Klima;
- Erlebnis- und sportpädagogische Formen, obwohl in der Jugendarbeit mitunter umstritten, kann hier von einem überaus wichtigen Ansatz gesprochen werden, da körperorientierte und gleichzeitig gemeinschaftsbildende Aktivitäten für viele Menschen von Bedeutung sind,
- Alters-/Generationsspezifische Ansätze, als schwieriges, aber lohnendes Feld für Versuche, immer wieder Menschen in der „Mitte“ der Gesellschaft zu erreichen;

²⁶ Für einen praktikablen Überblick zu methodischen Ansätzen siehe Schubarth (2001) und Bibliografie in Schubarth/Stöss 2001.

- Interkulturelle Arbeitskonzepte, als hochaktueller und gleichzeitig sensibler Ansatz, da gerade in Ostdeutschland weiterhin mit geringen „Alltagskontakten“ zwischen Deutschen und Menschen nichtdeutscher Herkunft zu rechnen ist (siehe unten).

Zur Konkretisierung dessen sollen im Weiteren *zwei Komplexe von Vorschlägen* unterbreitet werden. Zum einen geht es um die Richtungen, die in Dessau bereits relativ verbreitet existieren und die man weiterführen, fördern und deutlicher anerkennen muss. Zum anderen werden Vorschläge beschrieben, die neu oder in weitaus größerer Dimension implementiert werden sollten.

Zu den *fort zu führenden Aktivitäten* zählen:

- **Breite Jugendarbeit** mit gewährleisteter Vielfalt der bzw. in den Einrichtungen.

Bei allen kritischen Einwänden im Einzelnen findet das Spektrum der Jugendarbeit in Dessau mehrheitlich Zustimmung. Ebenso scheint die Verschiedenartigkeit der Einrichtungen durchaus produktiv zu wirken. Wichtig wäre allerdings, das Problembewusstsein der Aktivist:innen der Jugendarbeit in Bezug auf alte und neue Aufgaben im Kontext von Toleranz, Demokratie, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wach zu halten und zu schärfen.

- **Projektarbeit**

Projekte stellen als Mittel der Selbstorganisation von Akteuren auch im Kleinen geradezu exemplarisch einen nützlichen lebensweltorientierten Ansatz dar. Es gilt hier, die Qualität von Projekten (z. B. an Schulen) genauer in den Blick zu nehmen. Vorschläge im Rahmen der Interviews und Gespräche zielen vor allem auf:

- Interkulturelle Projekte,
- Generationsübergreifende Projekte,
- Wohn- bzw. Quartiersprojekte,
- „weit offene“, d. h. in starkem Maße der Selbstgestaltung von Jugendlichen/Schülern überlassene Projekte.

▪ *Systematische Weiterbildung*

Anknüpfend an gute Erfahrungen, so z. B. in der Arbeitsgruppe der Freizeiteinrichtungen oder in der evangelischen Jugendarbeit, sollte diese Tätigkeitsrichtung intensiv weiter betrieben werden. In Bezug auf Themensetzungen zeichnen sich anhand der durch die Interviews gewonnenen Fakten folgende Bedarfe ab:

- Weiterhin „Basiswissen“ zu den Komplexen „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit/Rassismus“,
- verstärkt: Kulturelle Fragen, wie Landeskundliches, Wissen über Religionen, ethnische Problemstellungen, „Handwerkszeug“ im Umgang mit Fremden,
- Fakten und Wissensvorräte zur Lage von Migranten/innen in Deutschland, dabei auch insbesondere zu rechtlichen Aspekten,
- Ausgewählte sozialwissenschaftliche Zusammenhänge, vor allem aus dem Bereichen Sozialpsychologie, Pädagogik Soziologie, Meinungsforschung.

▪ *Arbeit mit Kindern*

Ganz ohne Romantisierung oder ohne die mitunter in der Medienöffentlichkeit praktizierte Verklärung der Hinwendung zu Kindern, kann man hiermit einen überaus wichtigen Schwerpunkt umreißen. Vorhandene Ansätze (Kinder-Kampagne, Arbeit in KITAs u. a.) sollten verstetigt werden. Der Effekt dieses Herangehens ist gewissermaßen ein doppelter: Zum einen über die langfristig wirkenden Einflüsse von Erziehungsfaktoren (z. B. in Bezug auf den Umgang mit Gewalt oder in Hinsicht auf die frühe Entwicklung von Selbstbestimmtheit), zum anderen aber - und dies wäre mindestens ebenso wichtig - liegt in der Arbeit mit Kindern eine der gegenwärtig wohl praktikabelsten Möglichkeiten, mit Eltern ins Gespräch zu kommen.

▪ *Wirken der Arbeitskreise*

Wie bereits angeführt, existiert in Dessau ein Netz von Arbeits- und Aktionskreisen, das die wichtigsten einzelnen Themenbereiche im Kontext eines Aktionsplanes (Rechtsextremismus, Migranten/innen und Aussiedler/innen, Gewalt und Sicherheit, kulturell-ethnische Arbeit) im Wesentlichen umfasst. Im Einzelnen ist sicher die Effizienz der hier mit hohem Engagement geleisteten Arbeit unterschiedlich zu bewerten. Dennoch sollten diese Gruppen unbedingt weiter arbeiten; das Hauptproblem ihrer Tätigkeit liegt weniger im Inneren, sondern in der

Gesamtkoordinierung der Aktivitäten und in unproduktiven Akteursdifferenzen (siehe Abschnitt 2.3 und Abschnitt 3.4, unten).

▪ **Events und Veranstaltungen**

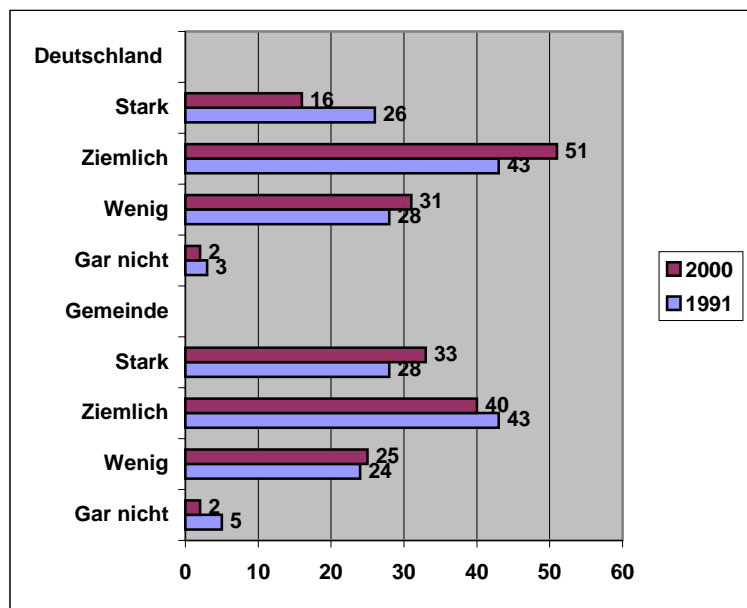
Addiert man die Zahlen der in Dessau allein zwischen Januar bis November 2001 durchgeführten Veranstaltungen, so wird eine beeindruckende Fülle deutlich. Auch hier kann nur für die Fortsetzung dieser Arbeitslinie votiert werden. Problematisch stellt sich vor allem die mediengerechte Ankündigung und „Auswertung“ der Aktivitäten dar (siehe auch Abschnitt 3.3). Damit verknüpft, muss es eine Zielstellung sein, mit Hilfe des großen Angebots nicht nur Aktivisten/innen und bereits Interessierte anzusprechen, sondern mehr und mehr Menschen aus der „Gesellschaftsmitte“ in Dessau zu erreichen.

In vieler Hinsicht *neu* bzw. *in neuer Dimension* sollten in Angriff genommen werden:

▪ **Entwicklung von „Dessau-Patriotismus“**

Der Begriff ist nicht unbedingt glücklich gewählt, kann aber metaphorisch eine überaus wichtige Einstellung umreißen. Die Grundlage dafür bilden die Bindungen vieler ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger an ihren konkreten Lebensort, die - im Unterschied zur Bindung an Deutschland - in den 1990er Jahren insgesamt größer geworden sind (siehe Grafik 17). „Dessau-Patriotismus“ sollte vor allem bedeuten: Verbundenheit mit einer Kulturstadt, in der Menschen selbstbewusst agieren und in der für Rassismus und Gewalt kein Platz ist. Selbstverständlich

Grafik 17: Aussagen der ostdeutschen Bevölkerung zur Verbundenheit mit Deutschland und mit der eigenen Gemeinde im Zeitvergleich
(Antwort: „Fühle mich verbunden ...“, Angaben in Prozent, gerundet)



Quelle: ALLBUS 2000, eigene Berechnungen.

kann ein solcher Begriff auch missverstanden oder gar missbraucht werden, dies schmälert jedoch nicht die ihm innewohnenden positiven Möglichkeiten. Auf jeden Fall müsste der hier

vorgeschlagene Ansatz, der auf der Netzwerk-Konferenz am 8. Dezember 2001 überwiegend Zustimmung fand, Gegenstand weiterer intensiver Diskussionen sein.

▪ **„Demokratisierter Stil der Alltagspolitik“**

In vielen Hinweisen bei den in Dessau geführten Gesprächen wurde betont, dass Personen, die in alltägliche politische Kontakte, Diskussionen und Entscheidungsprozesse eingebunden sind, dies oft als zu wenig gleichberechtigt und demokratisch empfinden (vgl. Int, NWK). Soziologische Analysen (siehe z. B. Tabellen 1 und 2) belegen, dass hier durchaus Quellen für Unzufriedenheit mit erlebter Demokratie liegen können. Für die Akteure in Dessau sollte dies Anlass sein, sich immer wieder darüber zu verständigen und - auch in kleinen Schritten - den Umgang mit demokratischen Regeln persönlich zu demonstrieren.

▪ **„Außerschulisches“ durch die Schule**

Auch wenn manche Erwartungen an die Aktivität des „Sozialsystems Schule“ übertrieben anmuten, kann von einer großen Verantwortung dieser Institution für die Entwicklung von Toleranz und Demokratie gesprochen werden. In den Interviews kam es immer wieder zur Formulierung von Anforderungen an die Schule bzw. die Lehrer/innen, die auf die Stärkung erzieherischer Elemente (z. B. Partnerschaft, Vermittlung sozialer Kompetenzen) und auf die Verbesserung des Schulklimas (Offenheit bei Konfliktaustragung, Fairness usw.) gerichtet waren. Dies sollte unbedingt diskutiert werden. Weiterführende Schritte könnten zum einen darin bestehen, die Rolle der Lehrer als Diskussionspartner bewusst zu verstärken und zum anderen nach Möglichkeiten zu suchen, dass Klassenverbände (wie in einigen Projekten demonstriert) die Möglichkeit erhalten, außerhalb der Schule aktiv zu werden (Diskussionsformen, experimentelle Projekte u. a.). Auf diesen Gebieten sollte man anregende Erfahrungen aus anderen Städten Sachsen-Anhalts stärker nutzen.²⁷

▪ **Arbeit mit Unternehmen**

Die systematische Einbeziehung von Unternehmen in Bestrebungen zur Stärkung von Toleranz und Demokratie ist in Dessau - wie andernorts - insgesamt nur in Ansätzen und im Ganzen zu gering entwickelt. Sowohl das persönliche Agieren der Unternehmensvertreter /innen als auch mögliches Sponsoring und nicht zuletzt die symbolische Wirkung der Beteiligung, die in die Öffentlichkeit ausstrahlt (siehe Abschnitt 3.3), würden mit Sicherheit

²⁷ Kontaktmöglichkeit per E-mail: hausderjugend@zeit.de

deutlich ins Gewicht fallen. Gezielte Kontaktarbeit wäre deshalb eine wichtige künftige Aufgabe.

▪ **Erweiterung von Begegnungsmöglichkeiten und „(Selbst-)Aktivierung“ der Migranten/innen und „Aussiedler/innen“**

Noch unzureichende Kontakte zu „Ausländern“ und die Notwendigkeit vielfältiger Begegnungen wurden in den Interviews von mindestens einem Drittel der Befragten deutlich als Probleme hervor gehoben (vgl. Int). Dem liegt ein überaus wichtiger, auch theoretisch zu analysierender Zusammenhang zu Grunde. Aktuelle empirische Untersuchungen belegen, dass „ausländerfreundliche“ oder aber „ausländerfeindliche“ Positionen in starkem Maße mit dem Umfang des Kontaktes zu Menschen nichtdeutscher Herkunft korrelieren (ebenso übrigens mit dem Bildungsgrad/Schulabschluss²⁸ - siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Kontakte zu „Ausländern“ (AL) und Typen „Haltung zu Ausländern“ im Vergleich mit Bildungsabschlüssen und Kontakt-Typen (Ostdeutschland 2000, Ges = Gesamtpopulation, VS/HS = Volks-/Hauptschulabschluss, HSR = Hochschulreife, Angaben in Prozent)							
Kontakt in mindestens 3 der 4 Bereiche „Familie“, „Arbeit“, „Nachbarschaft“ und „Freundeskreis“	Ges		Ges	Davon: Mit Bildungsabschluss		Davon: Kontakt zu AL	
Typen: Kontakt		Typen: Position		VS/HS	HSR	Oft	Nie
Oft	5,1	Ausländerfreundlich	17,6	9,4	31,6	53,8	12,4
Mittelmäßig	32,5	Teils, teils	66,0	64,8	63,3	46,2	66,3
Nie	62,4	Ausländerfeindlich	16,4	25,8	5,1	0	21,2
Quelle: ALLBUS 2000, Chrapa 2001b.							

Verkürzt gesagt: Auch wenn interkulturelle Begegnungen oft recht schwierig sind und sensibel gehandhabt werden müssen, stellen sie doch eine unabdingbare Voraussetzung für den Abbau latenter Fremdenfeindlichkeit und für die Entwicklung von Alltagssolidarität dar. Dies schließt aber auch Schritte der „Selbstaktivierung“ der Menschen anderer Ethnien bzw. Herkunft ein. Ohne Hast, aber kontinuierlich, muss daran gearbeitet werden, die „Begegnungshäufigkeit“ von Treffen der Dessauer und „ihrer Ausländer“ zu erhöhen.

▪ **Entwicklung niedrigschwelliger Kontakte und Beratungsmöglichkeiten**

In gewisser Hinsicht damit verknüpft ist der methodische Ansatz, bei den verschiedensten Aktivitäten, Gesprächen oder Veranstaltungen nach Möglichkeiten zu suchen, um Schwellen und Hemmnisse bei Kontakten zu verringern. Sehr deutlich trifft dies beispielsweise bei der

²⁸ Hierzu finden sich ebenfalls aktuelle Bestätigungen: Siehe Rechtsextremismus im Osten verankert. Bildungsgrad hat Einfluss auf radikale Einstellungen. In: Mitteldeutsche Zeitung, 14. Dezember 2001, S. 1, 3.

Gruppe der Eltern zu. Praktische Erfahrungen der Beratung zu Themen wie Rechtstextremismus und Drogenmissbrauch zeigen immer wieder auf, dass zahlreiche Eltern Ratschläge suchen, aber dennoch Scheu vor Gesprächen haben und es schwierig ansehen, Beratungspartner zu finden. Ähnliches träfe übrigens durchaus auch für ältere Menschen in Konfliktsituationen und für Kinder oder Jugendliche zu. Generell sollte deshalb über den Stil „niedrigschwelliger“ Angebote und Diskussionsformen nachgedacht werden.

▪ ***Kommunikationshilfen im Zusammenwirken der Akteure in der Verwaltung bzw. zwischen Verwaltung und Einrichtungen***

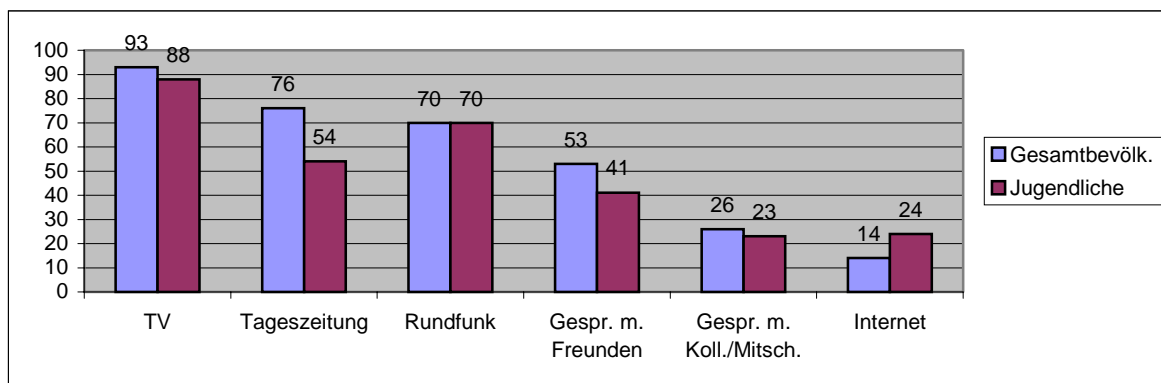
Wie bereits erwähnt, wurde gerade im entsprechenden Gesprächskreis der Netzwerk-Konferenz am 8. Dezember 2001 betont, dass effektive Kommunikation sowohl innerhalb von Verwaltungsgliederungen als auch zwischen Verwaltung und Bürgereinrichtungen nicht selten schwierig oder gehemmt ist. Erfahrungsgemäß sind Blockaden dieser Art, einmal entstanden, nur schwer aufzulösen. Insofern wäre professionelle Beratung (z. B. über Mediationen) zu empfehlen. Dies ließe sich mit Themen verbinden, die in den Interviews als Wünsche für Weiterbildungsdiskussionen genannt wurden (Beratungs-, Sprach- und Diskussionstechniken, Selbstreflexion, Rhetorik - vgl. Int).

3.3 Neue Öffentlichkeit

Erst dann, wenn Positionen, Bestrebungen und Problemfelder vielen bekannt sind, werden sie in gemeinschaftlicher Weise „real“. Eine „neue lokale Öffentlichkeit“, die allen zugänglich ist, Aktivitäten publik macht, Anerkennung vermittelt und in kritisch-produktiver Weise meinungsbildend wirkt, muss als zweites Hauptelement des Planes ausgeformt werden.

Im Zeitalter der so genannten Informations- und Mediengesellschaft wird „Öffentlichkeit“ oft nur unter dem Aspekt massenmedial geprägter Öffentlichkeitsformen betrachtet. Der hier vertretene Ansatz zielt jedoch auf ein breiteres und, genau besehen, realitätsgerechteres Verständnis ab.²⁹ Es soll eine Öffentlichkeit aktiviert werden, die gerade die Formen der Begegnung, des Alltagsgespräches oder der Diskussionen von Gruppen im örtlichen Raum einschließt. Das lässt die Massenmedien nicht außer Acht, berücksichtigt jedoch auch, dass die Meinungsbildung keineswegs eindimensional oder allein durch TV oder Zeitungen geprägt wird.³⁰ Wie aktuelle empirisch ermittelte Fakten zeigen, werden in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts beispielsweise „Gespräche“ im beachtlichen Maße als Quellen zur Gewinnung (hier: politischer) Informationen genutzt.

Grafik 18: Meinungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zu persönlichen Quellen für politische Informationen - 2001 (Angaben in Prozent, gerundet)



Quelle: Chrapa/Wittich 2001.

²⁹ So benennt Faulstich zur umfassenden Darstellung folgende Dimensionen (Faulstich 1999: 70-72): *Personale Öffentlichkeit*, in Form von verschiedenartigen face-to-face-Begegnungen; *Situative Binnen-Öffentlichkeit*, in Kleingruppen unterschiedlicher Prägung (Stammtisch, Sportverein, Disco u.a.); *Arbeits-Öffentlichkeit*, Sphären der Arbeitswelt und der Geschäftsbeziehungen; *Institutionalisierte Gruppen-Öffentlichkeit*, Branchengemeinschaften, die Kirche, „scientific communities“ u. ä.; *Habitualisierte Freizeit-Öffentlichkeit*, verschiedene Formen von Special-interest-Konsumbereichen, (z. B. literarische Öffentlichkeiten oder Rockkultur); *Publizistische Öffentlichkeit*, hier vor allem als „Medienöffentlichkeit“; *Kulturelle Öffentlichkeit*, im Kontext verschiedener „Kulturkreise“ (des „Westens“, „Ostens“ usf.); *Welt-Öffentlichkeit*, diese schließlich geschaffen durch globale Kommunikation in Form verschiedener Netzwerke.

³⁰ Vgl. Winterhoff-Spurk 1999, 2001.

Unbestritten bleibt, dass die Öffentlichkeit enorme Bedeutung für die Wahrnehmung von Realität hat. „*Erst im Licht der Öffentlichkeit kommt das, was ist, zur Erscheinung*“, betont Jürgen Habermas bildhaft, „*im Gespräch der Bürger miteinander gewinnen die Dinge Gestalt.*“³¹ Negativ betrachtet: Dinge, die nicht an die Öffentlichkeit dringen, bleiben isoliert und spielen in einer medial-reizüberfluteten Welt bestenfalls für die Beteiligten eine Rolle.

Im Rahmen der Nachforschungen zur Erstellung des Aktionsplanes wurde deutlich, dass „Öffentlichkeitsarbeit“ im oben skizzierten Sinne bei weitem noch nicht die ihr zustehende Rolle spielt. Es ließe sich sogar in gewisser Hinsicht von Unterschätzung sprechen: Für etliche Akteure reduziert sich diese Arbeit allenfalls auf Veranstaltungsankündigungen und Teilnehmerwerbung.

Schwerpunkte einer breiteren Öffentlichkeitsarbeit im Sinne des Aktionsplanes sollten deshalb sein:

▪ ***Gründliche(re) Information zu den bestehenden Handlungsfeldern und Aktivitäten***

Im Wesentlichen geht es hier um zusammengefasste und leicht zugängliche Informationen zur Thematik. Mögliche Wege könnten die Herausgabe einer speziellen Broschüre und die Nutzung der städtischen Homepage mit entsprechender Verlinkung sein.

▪ ***Klare Positionierung der „meinungsführenden Personen“***

Wie bereits benannt (siehe u. a. Grafik 14), betrifft dies vor allem die Haltung von Menschen, die in besonderem Maße in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Neben Politikern/innen wären dazu Kulturschaffende, Künstler/innen, Vertreter/innen der Kirchen, bekannte Einzelpersonlichkeiten, aber auch Unternehmensvertreter/innen zu zählen. Zugespitzt gesagt, geht es aber nicht nur (oder: gerade nicht) darum, dass sich Personen dieses Kreises dann positionieren, wenn es wieder einmal zu rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Vorfällen gekommen ist. Viel wichtiger und wirksamer ist das regelmäßige Auftreten in der Öffentlichkeit.

▪ ***Problematisierungen des Themas in der Öffentlichkeit***

Hier soll ein Prozess betont werden, bei dem die innere Widersprüchlichkeit der Thematik in den Blick gerät. Dem entsprechende Fragen könnten sein: „*Wie funktioniert Demokratie*

³¹ Vgl. Habermas 1988.

(eigentlich)?“, „Was bedeutet Fremdenfeindlichkeit im Alltag?“ u. a. Im Grunde muss nur das aufgegriffen werden, was ohnehin als Problem in vielen Köpfen vorhanden ist.

▪ ***Unterstützung von sachlich-kritischer Auseinandersetzung***

Akteuren mit differenten Ansichten sollte so die Möglichkeit gegeben werden, ihre Position in der Öffentlichkeit vorzutragen. Damit ist nicht - um Missverständnissen vorzubeugen - die Schaffung einer „Bühne“ für Rechtsextreme oder Neonazis gemeint. Der Ansatz zielt auf die Möglichkeit produktiver Auseinandersetzung von Akteuren im Spektrum des Eintretens für Toleranz und Demokratie, um so auch andere Menschen für diese Thematik zu interessieren.

Als *neue* bzw. *erweiterte Arbeitsformen* der Öffentlichkeitsarbeit wären zu charakterisieren:

• ***Diskurs mit den lokal wirkenden Medien***

Schrittweise, aber zielstrebig sollten sich Akteure mit Vertretern/innen der örtlichen (aber gegebenenfalls auch der überregionalen) Medien rückkoppeln. Dies könnte in Form einer regelmäßigen Diskussionsrunde (z. B. im Rahmen der Netzwerk-Konferenz - siehe Abschnitt 3.4) organisiert werden.

• ***Erweiterte Möglichkeiten für Informations- und Meinungsbildung im öffentlichen Raum - Förderung von Neuem und Experimentellem***

Die Öffentlichkeit muss zu einem anerkannten Feld des „Ausprobierens“ (auch und gerade von Jugendlichen) werden. Provozierende Aussagen, Plakate, Slogans, Performances, Veranstaltungen u. a. sollten ein Teil der Kulturstadt Dessau sein. Im Rahmen des Aktionsplanes sind Überlegungen zu diskutieren, wie dementsprechende Aktionen örtlich zu platzieren sind, um nach und nach breitere Teile der Bevölkerung zu erreichen.

• ***Nutzung „neuer Medien“***

In Dessau gäbe es - zumindest vom Ansatz her - dafür beachtliche Möglichkeiten. Nachgedacht werden sollte über Internet-Varianten, den Einsatz von Videos in der Bildungsarbeit oder über selbständige Video-Produktionen.

- ***Weiterbildung und spezielle Diskussionsforen***

Die Öffentlichkeitsarbeit bildet einen eigenständigen Themenbereich. Dafür wird es notwendig sein, Weiterbildungsveranstaltungen und eventuell einen besonderen Arbeitskreis zu profilieren. Auch dies wäre eine wichtige Aufgabe in einem künftigen übergreifenden Akteursverbund (siehe unten).

3.4 Der „Akteursknoten“

Ein drittes, funktional unabdingbares Hauptelement des Aktionsplanes besteht in einer besonderen Weise des organisatorischen Zusammenschlusses von gegenwärtig und zukünftig Beteiligten. Dieser „Akteursknoten“ könnte den Status einer neuen Bürgerinstitution erlangen, die den Bestrebungen für Toleranz und Demokratie stabile Formen gibt.

Es ist naheliegend, dass die einzelnen Teile des Aktionsplanes, wie sie bisher dargelegt wurden, einer organisatorischen Verbindung bzw. Umrahmung bedürfen, um wirksam werden zu können. Verkündungen über „Organisations-Pläne“ rufen jedoch, nicht selten zu Recht, Einwände und Misstrauen hervor. Deshalb wäre zunächst zu betonen, was die angezielte Form - eine regelmäßig stattfindende „Netzwerk-Konferenz“ aller Akteure - *nicht* verkörpern soll:

- „Zusatz-Organ“, in dem Sinne, dass ein weiterer Arbeitskreis, eine neue Initiativ-Gruppe etc. an Bestehendes angefügt (oder gar „aufgepfropft“) wird;
- „Macht(kampf)-Organ“ als Ort, in dem Auseinandersetzungen dazu führen, dass sich schließlich nur die stärksten Akteure durchsetzen und behaupten;
- „Kontroll-Organ“, was bedeuten könnte, dass ein Akteur - eventuell die Verwaltung - damit Herrschaftsbeziehungen über Bürgerinitiativen errichtet.

Die hier skizzierten Gefahren sind übrigens durchaus real und nicht gering zu schätzen. Jede „offene“ Organisation kann Tendenzen hervor bringen, die ursprünglich nicht geplant waren.

Auf der nachfolgenden Seite sind charakteristische Regeln für die geplante Netzwerk-Konferenz formuliert. In diesem Ansatz liegen - nach Meinung des Projektteams - große Potenzen. Die Netzwerk-Konferenz könnte sein:

▪ ***Eine Form breitester Zusammenführung bestehender Aktivitäten,***

damit also die Chance, das große, in Dessau vorhandene Potenzial an Personen, Gruppen, Vereinen, Initiativen usw. in den Blick zu bekommen und den Kontakt untereinander zu festigen;

▪ ***die Möglichkeit der notwendigen räumlichen und zeitlichen Koordinierung***

als Analyseorgan und Abstimmungsmechanismus.

Vorschlag: 8 Regeln für die Arbeit der „Netzwerk-Konferenz“

(1) Die „Netzwerk-Konferenz“ (NWK) arbeitet als Zusammenschluss engagierter und interessierter Gruppen und Personen. Ziel dieser Gemeinschaft ist die vielfältig organisierte Einflussnahme auf das Klima der Stadt Dessau im Sinne von Toleranz und Demokratie. Für dieses Ziel wendet sie sich auch mit Erklärungen und Aufforderungen an die Öffentlichkeit.

(2) Die Tätigkeit der NWK beruht auf Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und vereinbarten demokratischen Regeln. Anfallende Entscheidungen werden auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips getroffen.

(3) Die NWK tritt 2 Mal im Kalenderjahr zusammen. Im Voraus werden Grundabsprachen über die jeweiligen Tagesordnungen vorgenommen.

(4) Ständige Themen der NWK sind: Einschätzungen zur Situation in der Stadt Dessau, Information zu realisierten und geplanten Aktivitäten, Abstimmung über gemeinschaftliche Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit.

(5) Weitere Gegenstände der Zusammenkünfte könnten bzw. sollten sein: Bildungsarbeit zu ausgewählten Schwerpunkten, Erfahrungsaustausch (auch zu Methoden), thematische Diskussionen, Beratungsmöglichkeiten.

(6) Die Teilnehmer/innen der NWK bemühen sich um ständigen Informationskontakt. Dafür wird ein E-mail- bzw. Fax-Netzwerk entwickelt.

(7) Die NWK wählt für jeweils ein Jahr eine „Koordinierungsgruppe (KG)“ von 3 bis 5 Personen. Die KG bereitet die folgenden Konferenzen vor, sichert die Einladungen und unterstützt den Informationsaustausch.

(8) Die NWK trifft Vereinbarungen mit der Stadt Dessau über kommunal gewährte Unterstützungen, vor allem auf den Gebieten Nutzung von Räumen, finanzielle Zuwendungen für Bildungsarbeit, Einfluss auf städtische Informationsmöglichkeiten.

Die Netzwerk-Konferenz könnte weiterhin sein:

▪ ***ein Ort gemeinsamen Wissenserwerbs,***

für koordinierte und kostengünstige (!) Bildungsaktivitäten auf möglichst hohem Niveau;

▪ ***ein kritisches Diskussionsforum,***

auf Basis der bereits angedeuteten Analyse-Funktion der Ort, um das Klima in Dessau einzuschätzen, kritisch zu beleuchten und durch sachlich geführte Debatten eigene Lernprozesse zu initiieren;

▪ ***eine selbständige Bürgerinstitution,***

damit auch eine „Stimme“ im öffentlichen Raum, die sich regelmäßig zu Wort meldet, Forderungen formuliert und auf das allgemeine politisch-kulturelle Klima einwirkt;

insgesamt also:

▪ ***die notwendige „offene“ und zugleich „geschlossene“ Form der Interaktion von zivilgesellschaftlich orientierten Menschen, die für das gemeinsame Ziel - ein Mehr an Toleranz und Demokratie - eintreten.***

Realismus gebietet es, auch die naturgemäß nicht geringen *Schwierigkeiten* eines solchen Projektes ins Auge zu fassen. Das Funktionieren der Netzwerk-Konferenz bedarf einer beachtlichen Anschubmotivation und zugleich Koordinierungs- und Moderationsaktivitäten in den ersten Wochen bzw. Monaten. Ebenso (siehe oben: Regel 8) müssen sehr bald Absprachen über das Wirken der Verwaltungsorgane in diesem Zusammenschluss und über Fragen materieller Unterstützung getroffen werden.

4. Erste Schritte zur Umsetzung des Aktionsplanes

An verschiedenen Stellen dieses Konzeptes wurde bereits auf die Schwierigkeiten eingegangen, die einem solchen Aktionsplan innewohnen. Die Darstellung von Fakten, Schwerpunkten und methodischen Ansätzen allein setzt natürlich noch kein Handeln in Gang. Erfahrungsgemäß sind Pläne dieser Art vor allem in ihrer „Startphase“ anfällig gegenüber bestimmten Gefahren: Missverständnisse, überstürzter Aktivismus und/oder Resignation angesichts neuer Aufgabenfelder können sich einstellen. Dessau wäre nicht die erste Stadt, in der ein Aktionsplan zwar begrüßt, aber dann doch zu den Akten gelegt wurde, so dass eigentlich alles beim Alten blieb.

Diese Schwierigkeiten sind real, aber sie lassen sich bewältigen. Aus diesem Grunde sollten - ohne Hast, aber auch ohne Zeitverzug - in den nächsten Wochen *mehrere Schritte* unternommen werden:

Erstens Aktivitäten in einer Auswertungsphase (Januar 2002): Kritisch-produktive Diskussionen zum vorgelegten Aktionsplan setzen voraus, dass dieser vom Kreis der Auftraggeber und durch weitere Akteure gründlich gelesen und mit eigenen Standpunkten verglichen werden kann. Notwendig wäre es deshalb, Entscheidungen über die Vervielfältigung und Verteilung von Exemplaren des Dokumentes zu treffen.

Zweitens gezieltes Handeln in Sinne der weiteren Präzisierung des Planes (Januar/Februar 2002): In Verbindung mit der öffentlichen Präsentation des Aktionsplanes im Februar 2002 in Leipzig sollte eine Reihe vertiefender Diskussionen organisiert und durchgeführt werden. Dies betreffe nach Meinung des Projektteams vor allem:

- Vorstellung des Planes in Gremien der Stadtverwaltung Dessau,
- Gesprächsrunden mit Bürger- und Jugendeinrichtungen, mit Schulen, mit Kreisen interessierter Einzelpersonen usf.
- Experten/innen-Diskussionen zu ausgewählten Einzelfragen, so unbedingt zu den Themen „Öffentlichkeits-Arbeit“, „Planung von Bildungsaktivitäten“, „Veranstaltungsplanung“. In dieser Phase müssten Entscheidungen über verbesserte Pressearbeit und über die Nutzung der Dessau-Homepage zu Themen des Aktionsplanes getroffen werden.

Drittens bereits Bemühungen zur Umsetzung wichtiger Planelemente (ab Februar 2002): Dies betrifft vor allem die tatsächliche Herausbildung der Netzwerk-Konferenz als selbständig arbeitendes Gremium. Ein Informations-Netzwerk (E-mail und Fax) wurde bereits durch das Projektteam des FOKUS-Instituts ins Leben gerufen. Nach entsprechender Vorbereitung könnte die nächste Konferenz im März 2002 stattfinden.

Obwohl bereits in Diskussionen ausgesprochen, soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass die am Projekt beteiligten Mitarbeiter/innen von FOKUS gern bereit sind, die Durchführung des Aktionsplanes bis weit in das Jahr 2002 hinein kritisch-produktiv zu begleiten.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Betrachtet man das Projekt „Aktionsplan“ im Ganzen, so kann festgehalten werden:

Erstens entspricht das Vorhaben, über einen Aktionsplan weitere und neue Schritte des Bürgerengagements für Toleranz und Demokratie zu unternehmen, durchaus *gesellschaftlichen Problemlagen und Notwendigkeiten*. Auch wenn die Situation in Dessau nicht dramatisiert werden soll, finden sich in der Stadt genügend Hinweise auf Einstellungen und Verhaltensweisen, in denen rechtsextrem orientierte und fremdenfeindliche Haltungen zum Ausdruck kommen. Die weiteren gesellschaftlichen Umbrüche (wirtschaftliche Prozesse, EU-Erweiterung u. a.), werden hier auch in Zukunft neue Situationen schaffen und Herausforderungen mit sich bringen. Außerdem, dies sei noch einmal betont, geht es nicht nur vordergründig um die Abwendung akuter Gefahren oder um die Verhinderung von „Vorfällen“. Toleranz und Demokratie sind, wie schon eingangs benannt, Basiswerte einer Gesellschaft in Freiheit. Werden sie vernachlässigt, krankt das Gemeinwesen im Ganzen.

Zweitens verfügt Dessau insgesamt über eine *gute Ausstattung*, um weitere Handlungsschritte zur Aktivierung Bürgerengagement und zur strikten Zurückweisung rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Tendenzen unternehmen zu können. Dies betrifft die interessante kulturelle Infrastruktur, mehr aber noch bereits vorhandene Aktivitäten in Vereinen, Jugendeinrichtungen oder vernetzten Zusammenschlüssen. Alle Bestrebungen, schrittweise einen „neuen“ Aktionsplan zu verwirklichen, müssen die vorhandenen Tätigkeitsfelder berücksichtigen, daran anknüpfen und den hier engagierten Bürgerinnen und Bürgern Anerkennung zollen.

Drittens ist zu betonen, dass das eigentliche Problem der Stadt Dessau in der *Blockierung vorhandener Potenziale* und in den daraus resultierenden, unzureichend geführten Organisationsschritten besteht, um energisch und ergebnisorientiert auf dem Weg in Richtung auf Toleranz und Demokratie zu arbeiten. Wie die Charakteristik der gegenwärtigen Widerspruchsfelder belegt, ist hier ein wirkliches Umdenken vieler Verantwortlicher und Akteure erforderlich. Bestrebungen für Toleranz und Demokratie ergeben sich nicht von selbst; sie sind nicht nach dem Muster technologischer Prozesse in Gang zu setzen, und sie können auch nicht im partiellen Gegeneinander der bereits tätigen Akteure erreicht werden.

Viertens belegen Erkenntnisse aus der Transformationstheorie, dass angezielte Veränderungen bei Einstellungen und Verhaltensweisen größerer Menschengruppen, hier im Kontext der Werte Toleranz und Demokratie, das in Gang setzen *sozialer Lernprozesse* notwendig machen. Erfolgreiches soziales Lernen benötigt u. a. solche Rahmenbedingungen wie „*die emotionale Nähe zur Lernbotschaft, die vertrauenserweckend sein muss*“, „*eine nicht als bedrohlich empfundene Lernsituation*“, „*die Nähe der Lernbotschaft zu bestehenden mentalen Strukturen*“ und „*ein gesellschaftliches Klima, das die Akzeptanz von Neuem fördert*“.³² Dieses Lernen soll im Rahmen des Aktionsplanes durch ein neues institutionelles Setting befördert werden. Dafür sind die Hauptelemente „*Alltags- und lebensweltorientiertes Handeln*“, „*Veränderung der (lokalen) Öffentlichkeit*“ und „*Regelmäßige Zusammenführung (Rückkopplung) der Akteure*“ konzipiert.

Fünftens ist zu beachten, dass der Aktionsplan auf die *breite Mobilisierung* von Bürgerengagement zielt. Daraus folgt, dass hier eine Vielzahl von Einzelaktivitäten, ihr Zusammenwirken und die schrittweisen Veränderungen im geistigen Klima und bei politischen Einstellungen zu betrachten sind. Verantwortliche Akteure brauchen deshalb Geduld und einen langen Atem. Sie müssen sich ferner analytisch ausrüsten, um den Überblick zu behalten und um die Element von Wandlungsprozessen erkennen zu können. Wie bereits angeführt, entscheiden gerade die Anstrengungen in der „Einstiegsphase“ darüber, ob das Konzept des Aktionsplanes generell aufgeht.

Sechstens kann im Zusammenhang damit der Aktionsplan als ein *Praxisfeld* gelten, das von großem *sozialwissenschaftlichem Interesse* ist. Wirklich neue Erfahrungen werden kaum durch gesellschaftliche „Großversuche“, sondern vor allem im Alltag der Kommunen und kleinen Gemeinschaften gewonnen. Projekte, Bildungs- und Beratungsformen, neue Veranstaltungen, Ansätze einer modernen Öffentlichkeitsarbeit und nicht zuletzt die Tätigkeit der Netzwerk-Konferenz - all dies wären Quellen, aus denen sich neue Erkenntnisse schöpfen lassen. Verknüpfungen mit dem Bereich engagierter Sozialwissenschaft kämen dann allen Beteiligten zu Gute.

³² Vgl. Stahl-Rolf 2001.

6. Kurzfassung in Thesen

Die Ergebnisse bei der Arbeit am „Aktionsplan für Toleranz und Demokratie in der Stadt Dessau“ lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- (1) Der Aktionsplan entstand auf der Grundlage einer Ausschreibung des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend, die an Jugendämter in Deutschland gerichtet war. Das Jugendamt der Stadt Dessau erhielt nach einer diesbezüglichen Ausschreibung am 24. Juni 2001 den Zuschlag für die Förderung bei der Erstellung eines solchen Planes. Mit Beschluss der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14. August 2001 wurde das FOKUS-Institut Halle als externer Partner mit dieser Aufgabe betraut und bildete dafür ein Projektteam.
- (2) Das Team des Institutes erarbeitete eine selbständige Konzeption des Vorgehens. Ab September 2001 erfolgten Kontaktgespräche, Auswertungen städtischer Dokumente, Expertendiskussionen, Interviews mit etwa 50 Personen, Befragungen von Jugendlichen und eine Inhaltsanalyse von Ausgaben der „Mitteldeutschen Zeitung“. Vorliegende Schlussfolgerungen wurden auf einer Konferenz am 8. Dezember 2001 mit einem breiten Akteurskreis diskutiert.
- (3) Dessau ist als drittgrößte Stadt Sachsen-Anhalts in die sozioökonomischen und mentalen Zusammenhänge des Landes eingebettet. Mehrheiten in der Bevölkerung dieses Bundeslandes reflektieren soziale Konflikte und bewerten die im Alltag realisierte Demokratie kritisch. Etwa ein Drittel der Wahlberechtigten trägt Einstellungen mit, die Vorbehalte gegenüber „Ausländern“ zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig gibt es ein beachtlich großes Engagement- und Handlungspotenzial, das allerdings praktisch noch nicht ausreichend zum Tragen kommt.
- (4) Ohne zu dramatisieren, kann in Dessau von erkennbaren Problemen in Bezug auf latente Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und rechtsextremen Gefährdungen gesprochen werden. Das Spannungsfeld dieser Tendenzen wäre nicht allein anhand tragischer Gewaltvorfälle auszumachen, sondern liegt gerade in den Stimmungen der so genannten „Mitte der Gesellschaft“. Das Problembewusstsein von Akteuren und Akteursgruppen in Bezug auf die Gesamthematik ist nicht einheitlich.

- (5) Dessau verfügt insgesamt über eine gute kulturelle und infrastrukturelle Ausstattung. Ihr Image als „Kulturstadt“ kann durchaus als gerechtfertigt gelten. Ebenso existiert eine große Zahl von Aktivitäten durch Bürger- und Jugendeinrichtungen, Vereine, Initiativkreise und auch Organe der Stadtverwaltung. Bestrebungen eines Aktionsplanes müssen an diese Möglichkeiten anknüpfen.
- (6) Die für das Gelingen des Aktionsplanes notwendig zu bearbeitenden, gravierenden Widersprüche bestehen vor allem im unterschiedlichen Problembewusstsein von Akteuren und in der bislang unzureichend entwickelten Kompetenz, mit der kulturellen und politischen Verschiedenartigkeit der Akteursgruppen produktiv umzugehen. Verstärkt durch Kommunikationsblockaden, entstehen so beachtliche Schwierigkeiten bei der praktischen Zusammenarbeit. Bei allen Beteiligten ist in dieser Hinsicht ein Umdenken erforderlich.
- (7) Die Grundidee des Aktionsplanes besteht in einem breiten Ansatz, der auf stärkeres allgemeines Bürgerengagement im Sinne von Toleranz und Demokratie gerichtet ist. Dafür sollen gemeinschaftliche Lernprozesse durch ein neues institutionelles Setting befördert werden. Als die Hauptelemente des Planes sind deshalb „Alltags- und lebensweltorientiertes Handeln“, „Veränderung der (lokalen) Öffentlichkeit“ und „Regelmäßige Zusammenführung (Rückkopplung) der Akteure“ konzipiert.
- (8) Die bewusst auf die alltäglichen Lebenszusammenhänge vieler Menschen ausgerichteten Bestrebungen des ersten Hauptelementes beinhalten die Weiterführung erprobter Aktivitäten und die Nutzung neuer Möglichkeiten. Zu Ersterem zählen: Breite Jugend- und Projektarbeit, systematische Weiterbildung, Arbeit mit Kindern, die Tätigkeit der vorhandenen Arbeitskreise sowie die Realisierung von Events und Veranstaltungen. Als neue Ansätze werden empfohlen: Die Entwicklung von „Dessau-Patriotismus“, ein „demokratischer Stil der Alltagspolitik“, veränderte Funktionsweisen des „Schulischen“, die Arbeit mit Unternehmen, erweiterte Begegnungsmöglichkeiten zwischen Dessauern und Migranten/innen, „niedrigschwellige „Kontaktarbeit und die Nutzung professioneller Kommunikationshilfen.

- (9) Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsarbeit müssen einen neuen Platz im Denken vieler Akteure erhalten. Die mit dem zweiten Hauptelement des Aktionsplanes dafür formulierten Schwerpunkte sind: Gründliche Information zu den bestehenden Handlungsfeldern und Aktivitäten, klare Positionsbekundungen der „meinungsführenden Personen“, deutliche Problematisierungen des Themas in der Öffentlichkeit und Unterstützung von sachlich-kritischer Auseinandersetzung. Neu zu implementieren gilt es: Diskursformen mit den lokal wirkenden Medien, erweiterte Möglichkeiten für Informations- und Meinungsbildung im öffentlichen Raum und die verstärkte Nutzung „neuer Medien“.
- (10) Die als drittes Hauptelement konzipierte „Netzwerk-Konferenz“ soll als notwendig „offene“ und zugleich „geschlossene“ Form der Interaktion von zivilgesellschaftlich orientierten Menschen dienen. Als wichtigste Funktionen dieses Gremium lassen sich formulieren: Möglichkeit der notwendigen räumlichen und zeitlichen Koordinierung, Ort gemeinsamen Wissenserwerbs, kritisches Diskussionsforum und damit Entwicklung als selbständige Bürgerinstitution. Im Rahmen des Aktionsplanes wurde ein „Regelwerk“ für die Arbeit der Netzwerk-Konferenz vorgelegt.
- (11) Schritte zur Verwirklichung des Aktionsplanes erfordern insbesondere in der „Startphase“ verstärkte Anstrengungen. Angeregt werden deshalb klare Entscheidungen zur Auswertung des Textes und die Durchführung mehrerer Fachdiskussionen.
- (12) Die Realisierung des Aktionsplanes ist mit Arbeitsfeldern verbunden, die von großem sozialwissenschaftlichem Interesse sind. Genauere Feldanalysen könnten zu neuen Erkenntnissen führen und das Projekt insgesamt bereichern.

Literaturübersicht:

ALLBUS 1990-2000:

Allgemeine Bevölkerungsumfrage, ZUMA, Mannheim.

Biermann, Benno; Bock-Rosenthal, Erika u. a., 1992:

Soziologie. Gesellschaftliche Probleme und sozialberufliches Handeln. Neuwied, Luchterhand.

Brosius, Hans-Bernd, 1995:

Alltagsrationalität in der Nachrichtenrezeption. Opladen, Westdeutscher Verlag.

Chrapa, Michael, 2000:

Mediennutzung und Problembewusstsein in modernisierten Gesellschaften. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 10. Berlin.

Chrapa, Michael, 2001a:

Handlungstau. In: Utopie kreativ, Heft 128, Juni 2001, Berlin.

Chrapa, Michael, 2001b:

„Fremdenfeindlichkeit“ im Meinungsbild - aktuelle empirische Befunde und politische Überlegungen. (Manuskript).

Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2001:

Bürgermeinung 2001. Politische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Studie. Berlin/Halle.

Esser, Hartmut, 1999:

Soziologie. Spezielle Grundlagen. Soziales Handeln. Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Esser, Hartmut, 2000:

Soziologie. Spezielle Grundlagen. Institutionen. Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Faulstich, Werner, 1999:

Der Öffentlichkeitsbegriff. Historisierung - Systematisierung - Empirisierung. In: Szyska, Peter (Hrsg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation. Opladen, Westdeutscher Verlag.

FOKUS 1999:

Solidarität und Ausgrenzung. „Benachteiligte Gruppen“ im Meinungsbild der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt. Studie. Halle.

FOKUS 2000:

Junge Rechte in Sachsen-Anhalt (Junge Rechte II). Einstellungen rechtsextrem orientierter Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt. Studie. Halle.

FOKUS 2001:
Moderne Drogen und Suchtprävention (MODRUS II). Komplexe Studie. Halle.

Friedrichs, Jürgen 1990:
Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen, Westdeutscher Verlag.

Habermas, Jürgen, 1988:
Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Heller, Agnes, 1978:
Das Alltagsleben. Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Kleinert, Corinna; De Rijke, Johann, 2001:
Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen.

Krafeld, Franz Josef, 2001:
Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen.

Laucken, Uwe, 1999:
Begriffe des Handelns. In: Straub, Jürgen; Werbik, Hans (Hrsg.), Handlungstheorie. Begriff und Erklärung des Handelns im interdisziplinären Diskurs. Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Lexikon der Ethik 1977:
Toleranz. München, Beck.

Merkel, Wolfgang, 1999:
Systemtransformation. Opladen, Leske + Budrich.

Olson, Mancur, 1968:
Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen, Mohr.

Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), 1998:
Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen, Westdeutscher Verlag.

Schubarth, Wilfried, 2001:

Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt - Möglichkeiten und Grenzen schulischer und außerschulischer Prävention. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen.

Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.), 2001:

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen.

Stahl-Rolf, Silke, 2001:

Transformation - ein historischer Sonderfall? Evolutionsökonomische Überlegungen. In: Hapfmann, Arndt; Wolf, Michael (Hrsg.): Transformationstheorie - Stand, Defizite, Perspektiven. Münster, Lit Verlag.

Statistisches Monatsheft 2001:

Statistische Monatshefte des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen, Oktober 2001. Halle.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2001:

Quartalsbericht des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalts, März 2001. Halle.

Stopperka, Ulf, 2001:

Dessauer Jugendliche im Spiegel ihrer Orientierungen. Studie. Dessau.

Stroebe, Wolfgang; Hewstone, Miles; Stephenson, Geoffrey, 1996:

Sozialpsychologie. Berlin, Springer-Verlag.

Winterhoff-Spurk, Peter, 1999:

Medienpsychologie. Stuttgart, Kohlhammer.

Winterhoff-Spurk, Peter, 2001:

Fernsehen. Fakten zur Medienwirkung. Bern, Hans Huber Verlag.